

Hugh! Schönbohm sprach!

Brandenburgs Innenminister und CDU-Vorsitzender, Jörg Schönbohm, der in Merkels Schattenkabinett bereits als Kriegsminister gehandelt wird, glaubt als braver Protestant nicht nur an Gott, sondern auch daran, „dass die von der SED erzwungene Proletarisierung eine der wesentlichen Ursachen ist für Verwahrlosung und Gewaltbereitschaft“. Und weiter in der Erklärung über den unerklärlichen neunfachen Kindermord in seinem Bundesland: „Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft durch die SED in den 50er Jahren ging der Verlust von Verantwortung für Eigentum einher, für das Schaffen von Werten.“ Das „freie, selbstverantwortliche Bauerntum“ sei vertrieben worden. Die ländlich strukturierten Räume Ostdeutschlands seien „stärker verproletarisiert“ als ein eher städtisch geprägtes Bundesland wie Sachsen, „wo ein Teil des Bürgertums die SED-Diktatur überlebt hat“.

Hugh! Was für eine Autorität in Sachen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte hat da gesprochen! Erst kürzlich drohte Weißer Mann im schwarzen Rock dem Roten Mann Lafontaine mit dem Marterpfahl, pardon, dem Verfassungsschutz. Und seit Merz den Begriff der Leitkultur ins schlechte Spiel brachte, ist Schönbohm einer ihrer eifrigsten Anhänger. Dass ihm bloß nicht noch die Forderung nach einer totalen Germanisierung über die Lippen kommt. Mit den „deutschen Ostgebieten“ jedenfalls liebäugelt er sehr, was sich aus seinem – hermetisch abgesicherten – Auftritt zum diesjährigen 8. Mai bei den schlagenden Verbindungen des Hamburger Waffenrings ableiten lässt. Echt offenerzig dagegen seine Haltung zur Wiedereinführung der Folter. Man müsse, so ließ der CDUler im Februar 2003 verbreiten, „bei Terrorverdächtigen über die physische Gewaltanwendung nachdenken“. Und passend für einen solchen ganzen Kerl ist natürlich auch sein Posten als 1. Vizepräsident des Studienzentrums Weikersheim, gegründet von Naziblutrichter Filbinger.

„Einen(!) Fehler habe jeder frei, versuchte Ministerpräsident Platzeck ein wütendes Ostvolk zu beruhigen. Beruhigend wäre, wenn für den General jetzt wenigstens der Kriegsmistertraum ausgeträumt wäre.“

• WART

Doch der bfb bleibt abgewickelt

Matthias von Hermanni ist nun gerichtsnotorisch ein ehrenwerter Mann, frei von Schuld – oder fast. Peanuts, jedenfalls nichts mehr für den Staatsanwalt. Der kleine Mann, der vielleicht einmal sein Untergebener im Betrieb für Beschäftigungsförderung war, kommt nicht umhin, sich ein bisschen zu wundern nach den jahrelang massiv erhobenen Beschuldigungen. Und vielleicht fragt er sich jetzt pfiiffig: Könnte man nun nicht den bfb wieder ins Leben rufen? – Doch da irrt er sich wohl gewaltig. Ein noch pfiiffigerer wird ihm nämlich die Frage stellen, ob etwa der bfb dicht gemacht wurde, weil Hermanni sich krimineller Delikte verdächtig gemacht hatte, oder ob es nicht vielleicht umgedreht war: dass man den bfb dichtmachen wollte (am Horizont standen schon andere Lösungen für den Arbeitsmarkt!) und dass kriminelles Zwielflicht es erheblich erleichterte, dies der Öffentlichkeit plausibel zu machen? Die seinerzeit nach der Beschlagnahme verschwundenen Akten und das sechsjährige Hinschleppen des Falles passen da durchaus ins Bild.

• KURT RECHT

Eine Taube auf dem Dach

„Sachsen schafft 1300 zusätzliche Lehrstellen.“ Eine gut klingende Überschrift der LVZ. Aber bei näherem Hinsehen nur ein verunglückter verbaler Befreiungsschlag. Die Realität ist: Ende Juli haben 22 510 Jugendliche in Sachsen noch keinen Berufsausbildungsplatz. Jetzt ist, wie schon oft in solchen Situationen, Aktionismus angesagt. Doch mit den von Freistaat, IHK und Handelskammer versprochenen, noch längst nicht realen Ausbildungsplätzen wäre nur einer von 17 Bewerbern bedient. „Ein Tropfen auf den heißen Stein“ nannte das Sachsens DGB-Vorsitzender Hannjo Lucassen. Man kann auch sagen: Viel Geschrei und wenig Wolle. Hinzu kommt, dass bei derartigen Versprechungen, sollten sie überhaupt abgerechnet werden, meist erhebliche Abstriche zu machen sind. Ihr Sinn besteht eigentlich nur darin, die geforderte und im vorigen Jahr – wiederum mit leeren Versprechungen – ausgesetzte Ausbildungsabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, zu verhindern. Die Schröder-Regierung konnte es nicht übers Herz bringen, die Unternehmen an die Kandare zu nehmen. Jetzt steht die Ausbildungsabgabe erneut auf der Tagesordnung.

• GÜNTER LIPPOLD

Rund 70 Mitglieder hat die WASG Leipzig nach Auskunft von Ingmar Meinecke (31), Mitglied des Kreisvorstandes. Eine Reihe von ihnen kamen zum Wahlkampfauftakt der Partei Arbeit & Soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG) Leipzig am 4. August 2005 ins Volkshaus, andere nahmen an einer gleichzeitig in Oschatz stattfindenden Veranstaltung der Linkspartei.PDS teil.

Insgesamt haben sich, einschließlich Sympathisanten, 29 vorwiegend junge Besucher im Saal in der 5. Etage versammelt, unter ihnen sechs Frauen. Die Atmosphäre ist ruhig, locker, weniger kämpferisch.

Das einführende Referat hält Ingmar Meinecke, beruflich wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig: „Wir sind eine selbständige Partei“, betont er, „und wollen eine selbständige Kraft an der Seite der Erwerbslosen und Beschäftigten

Wahlkampfauftakt der WASG Leipzig

sein.“ Um das zu erreichen, gelte es, nicht nur die WASG zu wählen, sondern in der Partei aktiv mitzuarbeiten. Es müsse mit den durch die Politik des Sozialabbaues betroffenen Menschen geredet und erreicht werden, dass möglichst viele von ihnen für ihre demokratischen Rechte auf die Straße gehen. Veränderungen könnten nur durch Druck erreicht werden. Dann kommentiert Meinecke einige Hauptforderungen des Wahlmanifestes der WASG. Wichtigste Maßnahme zur Verringerung der Arbeitslosigkeit: eine gesetzlich geregelte Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Auf der anderen Seite soll der Spitzensteuersatz deutlich heraufge-

setzt, die Vermögenssteuer wieder eingeführt und die Erbschaftssteuer erhöht werden.

Die Diskussion ist rege und engagiert. Deutlich kommt die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen sozialen Lage der Menschen und der Politik der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck.

Viele Beiträge beschäftigen sich mit der Frage, wie Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, woher Arbeit genommen werden soll. Ein Besucher stellt die Frage nach der Zukunft der WASG. Sie dürfe nicht nur Wahlalternative bleiben. Ihre Mitarbeit in einer großen linken Bewegung, wie jetzt z. B. zur Bundestagswahl praktiziert, sei notwendig.

• MANFRED BOLLS

Es ist eine traurige Tatsache, dass die Leipziger Stadtverwaltung im Zuge ihrer Einsparpläne keine Alternative zu Stellenkürzungen und damit auch zu Einschränkungen bei ihren Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sieht. Geradezu heuchlerisch und offenbar von rein populistischen Motiven getrieben ist es jedoch, wenn die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Peggy Liebischer, jenes Vorgehen plötzlich kritisiert, das von ihrer Fraktion seit Jahren mitgetragen wird.

Da die Fraktion der PDS das ausschließlich unter fiskalischen Gesichtspunkten erarbeitete „Organisations- und Personalentwicklungskonzept der Stadtverwaltung Leipzig“ im Januar 2004 ablehnte, wären die derzeitigen Stellenkürzungen ohne die damalige Zustimmung der CDU nicht möglich.

Gängiges Ritual der Christdemokraten ist es zudem, während der jährlichen Haushaltsdebatten noch viel weitergehende Streichungen beim Per-

sonal zu fordern.

Wichtiger wäre es, sich mit den Ursachen für die Einschränkungen der Dienstleistungen der Stadtverwaltung zu beschäftigen: die sowohl durch die schwarz-gelbe als auch durch die rot-grüne Bundesregierung zu verantwortende strukturelle

Krise der kommunalen Finanzen. Vom Bund wie auch vom Freistaat werden den Städten und Gemeinden seit Jahren immer neue Belastungen aufgebürdet, während ihre finanzielle Basis mehr und mehr eingeengt

Krokodilstränen bei der CDU

wird. Statt schwarzer Krokodilstränen und populistischer Sprüche benötigt Leipzig endlich eine Gemeindefinanzreform, die die im Grundgesetz verankerte Kommunale Selbstverwaltung wieder nachhaltig sichert. Kürzungen im Bereich der Stadtbibliothek sind strikt abzulehnen, auch, weil sie die Umsetzung des vom Stadtrat beschlossenen Bibliotheksentwicklungskonzeptes gefährden würden.

• VOLKER KÜLOW

Grausiger Medien-Deal

Am 5. August gab die Axel Springer AG bekannt, dass sie den TV-Konzern „Pro Sieben Sat.1“ vom jetzigen Eigner Haim Saban für etwa 2,5 Milliarden Euro übernimmt. Verkäufer Saban hatte vor zwei Jahren die TV-Gruppe aus der Konkursmasse Kirch preiswert erworben. Mit seinem Verkauf an Springer macht er jetzt Kasse. Insider sprechen von einem mehrstelligen Millionen Euro-Betrag. Wie der Springer-Chef Mathias Döpfner auf einer Pressekonferenz sagte, koste die Übernahme insgesamt vier Milliarden Euro. Neben Saban erhalten die Kleinaktionäre eine Milliarde, und eine halbe Milliarde Euro ist für die Refinanzierung der Übernahme vorgesehen. Die TV-Gruppe soll dann in die Axel Springer AG eingegliedert werden. Damit entsteht ein konservatives Medienmonopol, wie es bisher in der Bundesrepublik nicht gab. Es ähnelt in groben Zügen dem Hugenberg-Konzern, der den Nationalsozialisten mit seinen Zeitungen zur Macht verhalf. Ob nun eine TV-Sendegruppe mit

BILD-Nachrichten entsteht, ist heute noch nicht abzusehen. Bei der Springer AG dürfen nur Journalisten als Meinungsmacher schreiben, die aus ihrer Amerikafreundlichkeit keinen Hehl machen. Ebenso freundlich müssen angestellte Springer-Journalisten über Israel berichten. Damit unterscheidet sich die Springer AG sehr wesentlich vom Bertelsmann-Konzern, derzeit die größte Medien-gruppe in der Bundesrepublik. Noch ist die Übernahme von „Pro Sieben Sat.1“, wie man umgangssprachlich sagt, „nicht in trocknen Tüchern“. Erste Proteste gegen den Springer-Medien-Deal kommen von den Journalistenverbänden dju und DJV, die eine umfangreiche Prüfung durch die Kartellbehörden fordern. Diese sagten die Prüfung bereits zu. Der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident von Bayern, Edmund Stoiber, aber begrüßte den neuen Springer bereits.

Mir graust schon jetzt vor diesem Mediendeal.

• K.-H. WALLOCH

Letzte Meldung:

LN. Politpensionär Michail Gorbatschow und der Leipziger Pfarrer Führer erhalten den diesjährigen Aachener Friedenspreis – „für den friedlichen Verlauf der Montagsdemos“! Die einzigen, die den friedlichen Verlauf hätten stören können, das waren die Vertreter der Staatsmacht der DDR. Aber die wollten partout nicht auf ihr Volk schießen lassen. Gorbatschow gebürt wirklich jeder Dank. Er hat die DDR schließlich für die – unerfüllte – Hoffnung auf einen Milliardenkredit geopfert.

Wie viele Menschen sind in Sachsen und Leipzig wirklich von Hartz IV betroffen? Diese Frage wird oft gestellt, ohne dass sie bisher mit hinreichender Genauigkeit beantwortet werden kann. In erster Linie liegt das an den nach wie vor nicht völlig klaren statistischen Kriterien; und immer wieder ist von Computerpannen in der Nürnberger Zentrale der Bundesagentur zu hören, weshalb es kaum verlässliche Zahlen gibt. Ob dies nur Vorwände sind, um das wirkliche Ausmaß von Hartz IV wenigstens etwas zu schön-

Von **DIETMAR PELLMANN**

nen, mag dahingestellt bleiben. Dass dies zumindest praktiziert wird, beweist der Umgang mit den 1-Euro-Jobs, deren Inhaber bekanntlich nicht mehr als arbeitslos gelten, obwohl sie keinen Arbeitsplatz im eigentlichen Sinne haben. Wenn auch die verfügbaren statistischen Angaben mit Vorsicht zu genießen sind, wollen wir dennoch auf sie zurückgreifen, weil sie uns der Wahrheit zumindest ein Stück näher bringen. Deshalb soll im Folgenden ein Material kommentiert werden, das die sächsische Staatsregierung den Landtagsabgeordneten vor einigen Wochen übergeben hat und sich auf den Stichtag 31. Mai 2005 bezieht.

Fehleinschätzung des wirklichen Ausmaßes

Noch im Dezember vergangenen Jahres, also zu einem Zeitpunkt, als Hartz IV noch gar nicht in Kraft war, legte die Bundesregierung Schätzungen darüber vor, wie viele so genannte *Bedarfsgemeinschaften* das Arbeitslosengeld II erhalten würden. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, hat sich die Schröder-Regierung gründlich geirrt.

Region (Bedarfsgemeinsch.)	Schätzung Dez. 2004	Anzahl Mai 2005	Differenz in Prozent
Sachsen	226.651	283.814	+25,2
Ostdeutschland	742.730	1.234.997	+64,0
Westdeutschland	1.924.086	2.238.601	+16,3
BRD gesamt	2.666.815	3.473.598	+30,0

Wer sich aber derart grob verschätzt, muss sich fragen lassen, ob er überhaupt in der Lage ist, die Situation im Lande realistisch einzuschätzen. Das trifft insbesondere auf die erneut zutage getretene Unfähigkeit zur Beurteilung der Lage in Ostdeutschland zu. Aber vielleicht steckte ja hinter diesem Irrtum auch Methode. Es könnte doch sein, dass die Bundesregierung bewusst mit niedrigeren Zahlen operierte, um mit einem solchen Buchhaltertrick den Bundeshaushalt zu schön-

Der Wahrheit ein Stück näher

Zum Ausmaß von Hartz-IV-Betroffenheit in Sachsen und Leipzig



Montage: Marc Ranstetter

nen und von vornherein geringere Zuweisungen an die Kommunen einzustellen. Als die Fehlplanung nicht mehr zu verschweigen war, war für Wirtschaftsminister Wolfgang Clement der Schuldige rasch gefunden: Die Kommunen, bis Ende 2004 für die Zahlung von Sozialhilfe zuständig, hätten Zehntausende nicht arbeitsfähiger Sozialhilfebezieher

in das Arbeitslosengeld II abgeschoben, um ihre Haushalte zu sanieren. Gewiss mag es dafür Einzelfälle geben, aber ein massenhafter Trend war es keineswegs. Vielmehr dürfte die Hoffnung bestanden haben, mehr Menschen in Bedarfsgemeinschaften zu pressen, obwohl diese gar nicht bestanden. Überdies haben sich inzwischen Partner getrennt, weil es vor allem Frauen zu Recht nicht ertragen wollen, selbst keine Leistungen zu erhalten und vom Partner abhängig zu sein.

Daher hat die PDS-Landtagsfraktion mit mehreren Initiativen versucht, wenigstens die Einkommensfreigrenze der Bedarfsgemeinschaft zu erhöhen.

Leipzig ist Hartz-IV-Hauptstadt Sachsens

Auch der Autor ist in verschiedenen Veröffentlichungen meist von niedrigeren Zahlen betroffener Personen ausgegangen. Ende Mai erhielten in Deutschland jedoch 4,67 Millionen Personen Arbeitslosengeld II, in Sachsen waren es mehr als 393 000. Damit stieg die Zahl auf Bundesebene im Vergleich zu Januar um mehr als eine halbe Million und auch Sachsen verzeichnet einen Zuwachs von fast 50 000. In Sachsen sind damit mindestens 12 Prozent der Bevölkerung unmittelbar betroffen, nicht gerechnet jene, die wegen des Einkommens des Partners überhaupt keine Leistungen mehr erhalten.

Es ist nicht überraschend, dass Leipzig im Vergleich zu Dresden oder Chemnitz wesentlich höhere Werte aufweist. Das konnte man allerdings angesichts der hohen Zahl von bisherigen Sozialhilfeempfängern und Langzeitarbeitslosen erwarten. Ende Mai gab es in der Messestadt 44 260 von Arbeitslosengeld

II betroffene Bedarfsgemeinschaften. Inzwischen sollen es bereits über 45 000 sein. Dresden hatte dagegen Ende Mai nur etwas mehr als 27 000 solcher Bedarfsgemeinschaften. Arbeitslosengeld II erhielten Ende Mai in Leipzig 57 737 Personen, rund 7000 mehr als noch im Januar. In Dresden waren es dagegen Ende Mai lediglich 37 000. Rechnet man die mehr als 16 000 auf Sozialgeld Angewiesenen hinzu, so waren Ende Mai in Leipzig fast 74 000 Menschen unmittelbar auf finanzielle Leistungen im Zuge von Hartz IV angewiesen. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 15 Prozent, während es in Dresden lediglich 10 Prozent sind. Leipzig hat mehr Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld als das gesamte Saarland und bewegt sich hinsichtlich der Betroffenen pro 1000 Einwohner etwa auf dem Niveau von Berlin. Rechnet man nun noch jenen Teil der Bevölkerung hinzu, der ein niedriges Einkommen hat, aber keine Leistungen im Zuge des Hartz-IV-Gesetzes erhält, so dürfte der Anteil der Leipzigerinnen und Leipziger, der offiziell als arm gilt, bei 25 Prozent liegen.

Ausblick

Allein die angebotene Datenauswahl beweist, dass die schon vor Jahresfrist von der PDS vertretene These „Hartz IV ist Armut per Gesetz“ keineswegs eine Übertreibung war, sondern inzwischen leider ihre Bestätigung gefunden hat. Wenn es keinen Politikwechsel gibt und die Schrödersche Agenda 2010 vielleicht sogar noch verschärft werden sollte, ist mit einem weiteren Anstieg der von Hartz IV Betroffenen zu rechnen. Hinzu kommt die zusätzliche Belastung des städtischen Haushaltes in Höhe von mindestens 30 Millionen Euro, zumal die sächsische Landesregierung bisher an ihrer ungerechten Verteilung der Zuweisungen an die Kommunen festhält. Daher ist dem Vorsitzenden der Leipziger Linkspartei, PDS, Volker Külüw, zuzustimmen, der jüngst den Leipziger Oberbürgermeister aufgefordert hat, es nicht bei Appellen zu belassen, sondern den Freistaat Sachsen zu verklagen.

Ohnehin bleibt als Alternative gegen Hartz IV nur die Wahl der *Linkspartei*, PDS, weil unter einer Kanzlerin Merkel mit einer weiteren Verschärfung des Sozialabbaus zu rechnen ist. Selbst wenn die neue linke Kraft den Kurs einer künftigen Bundesregierung nicht bestimmen wird, so kann sie doch zum Kern einer neuen, breiten Protestbewegung werden. Und eine linke Fraktion würde zumindest schonungslos den Finger in die Wunde schreiender sozialer Ungerechtigkeit legen und sicherlich als einen der ersten Schritte eine Normenkontrollklage gegen Hartz IV beim Bundesverfassungsgericht einreichen.

13327.zPDVK	AlgII Nachzahlung!
hb. 060884	ALG I alo melden
3817	ALG II Bewerbungskosten abgeben und
075A497818	Alg II - Abgabe von fehlenden Unterlagen
A737043.zPDVK	ALG II hat noch kein Geld erhalten
222089.zPDVK	ALG II Verlängerung Leipzig-Pass
075A402379 AlgII ...	ALG II
miya 075D034782 A...	AlgII keine Leistung
2021	AlgI Alo melden
40696.zPDVK	Alo meldung AlgI Antrag stellen!
16548.zPDVK	alg II fragt wegen wohnung malerkosten
63	ALGII Kein Geld bek.
D001886	ALG II Geld
66.zPDVK	alg I braucht kenntnisvermittlung
075A241309	Alg II hat immer noch kein Geld erhalten
EA133306	ALG II hat immer noch kein Geld erhalten

Sensible Daten – vor dem Arbeitsamt aufgelesen!

LN. Aufgeregt und verärgert brachte uns ein Leser einen zweiseitigen Computerausdruck einer Mitarbeiterin der Leipziger Agentur für Arbeit, den er auf der Straße fand. „Wenn du dir Briefmarken kaufst, gibt es eine Diskretionslinie, auf dem Arbeitsamt wird dein Name rungebrüllt. Und nun sogar dies!“ Es ist eine Liste vom 7. Juni, angefertigt zwischen 9.57 und 12.12 Uhr. Sie enthält „89 Elemente“, im Klartext: 89 mal sehr persönliche Daten, Namen, Kundennummern (siehe Faksimile) und in der letzten Spalte die – noch nicht begonnenen – Auf-

gaben der Mitarbeiterin.

In LN-Nr 15 rieten wir ALG-II-Empfänger, sich zuerst die Kundennummer nennen zu lassen, wenn ein Anruf von der Agentur kommt. Es könnte ja sonst wer alles Mögliche abfragen. Nun aber liegen Namen und Kundennummern auf der Straße herum ... Wobei, diese „Anrufe zur Aktualisierung der vorhandenen Daten“ dürften eher Schikane sein, um herauszubekommen, ob da ein Anspruchsberechtigter auch wirklich brav zu Hause herumhockt. Aber das ist schon ein anderes Thema.

Gemessen am Jahr 1995, als in Leipzig nur 2611 Kinder geboren wurden – das war statistischer Tiefpunkt in einem 14-jährigen Abwärtstrend – gab es 2004 mit 4274 Neugeborenen einen regelrechten Babyboom. Das ist zwar längst nicht Vorwende-niveau, liegt aber weit über den Prognosezahlen des Amtes für Statistik und Wahlen, wonach erst im Jahre 2007 ähnliche Zahlen erreicht werden sollten. Möge sich dieser positive Trend unbedingt fortsetzen!

Mit den steigenden Geburten steigt jedoch nicht nur der Bedarf an Kindertagesstättenplätzen, sondern natürlicherweise gleichermaßen auch für Krippenplätze – letztere Tatsache allerdings hat sich der Verwaltung im Rathaus noch nicht erschlossen.

In sieben von zehn Stadtbezirken waren die Kindertagesstätten bereits im Oktober 2004,

Die Kinder kommen wieder – die Krippen auch?

also zu Beginn des Kindergartenjahres 2004/2005, zwischen 95 und 99 Prozent ausgelastet. Lediglich in Nordost und West lag die Auslastung unter 90 Prozent. Da im Laufe eines Kindergartenjahres aber immer neue Kinder dazukommen, ist davon auszugehen, dass es gegenwärtig sehr schwer sein dürfte, einen Platz in einer Kindertagesstätte zu bekommen. Besonders dramatisch ist es im Krippenbereich. Lange Warteschlangen bestimmen das Bild. Die aktuelle Kindertagesstättenplanung geht davon aus, dass bis zum Jahre 2008 zwei bis drei Kita-Neubauten erforderlich wä-

ren, um dem höheren Platzbedarf zu entsprechen. Die Haushalts-situation der Stadt lässt ahnen, dass sie dieses Problem nicht allein lösen kann, zumal auch noch ein riesiger Sanierungsstau zu bewältigen ist. Die Wirtschaft fordert einerseits mehr Flexibilität und Stabilität bei der Gestaltung der Kinderbetreuung, andererseits wächst die Erkenntnis, dass eine gute Kinderbetreuung ein wichtiger Zukunftsfaktor ist, der sich sowohl volkswirtschaftlich als auch betriebswirtschaftlich auszahlt. Nachzulesen ist das in einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Mit



einem gesunden Menschenverstand ist das ohnehin zu erfassen. Aber wird die Wirtschaft nun auch in die Verantwortung genommen?

In Sachsen gibt es nur noch ganze fünf Betriebskindergärten, davon einen in Leipzig, eingerichtet von der Hypovereinsbank. Andere – wie das Uniklinikum –, die versuchen, entsprechende Projekte zu initiieren, stehen vor einem Problemberg. Die Stadtratsfrak-

tion der *Linkspartei*. PDS beantragte, weitere Interessenten zu suchen und anzusprechen und ihnen fachliche Unterstützung zu geben. Ziel muss es sein neue Plätze zu schaffen. Ich betone das, weil es verstärkt Tendenzen gibt, dass sich Unternehmen einfach in bestehende Kindertagesstätten einkaufen, um Plätze für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sichern. Das benachteiligt jedoch andere Eltern, die nicht auf diese Unterstützung zurückgreifen können, und löst das eigentliche Problem nicht. Betriebskindergärten im klassischen Sinne weisen dagegen neben der Erweiterung der Platzkapazitäten weitere Vorteile auf. In solchen Einrichtungen könnten die Betreuungszeiten flexibler auf die Beschäftigungszeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgestimmt werden. Erinnert sei hier an den SPD-Antrag „Flexible Öffnungszeiten“, der zur letzten Stadtratssitzung beschlossen

Die Besucherzahlen der Münchner Bundesgartenschau bleiben weit hinter den Erwartungen zurück, es drohen rote Zahlen. Dabei muss bedacht werden, dass München mit 1,6 Mio. Einwohnern und einem großem Einzugsgebiet über günstige Voraussetzungen verfügt. Wie bei früheren BUGA soll eine Parklandschaft in der Stadt neu entstehen oder weiterentwickelt werden. In München geht es um die Abrundung des Wohn- und Gewerbe-Stadtteils „Messestadt Riem“, ehemals Areal des Münchner Flughafens und vergleichbar mit der Größe Leipzigs. Die Zwischenterrains zu benachbarten Stadtteilen wurden nun durch das BUGA-Gelände als großzügige Landschaftsräume gestaltet. Doch „an Grünem fehlt's im Revier“, gibt es doch kaum Blumen-

BUGA noch aktuell?

Der Münchner Bundesgartenschau drohen rote Zahlen

beete und die neu gepflanzten Bäume haben noch keine großen Baumkronen ausgebildet. Bekanntermaßen hatte auch Leipzig in den zurückliegenden Jahren Untersuchungen angestellt, ob eine Bewerbung um eine Internationale oder Bundesgartenschau sinnvoll ist. Als IGA-Gelände war die Neugestaltung einer Tagebaufolgelandschaft im Südraum vorgesehen. Nicht zuletzt dank 90-prozentiger Förderungen konnte dieses Vorhaben bereits als EXPO-Projekt für die Weltausstellung 2000 in Hannover am Cospudener See umgesetzt werden. Ende der 90er Jahre wurde geprüft, ob das Areal des Linde-

nauer Hafens für eine Bundesgartenschau dienen könnte, was aber verworfen wurde, da nur ein Teil der Flächen auch künftig in dieser Weise genutzt würde. Damals entstand der Vorschlag, stattdessen ein solches Projekt als „Gartenschau im Plattenbau“ im Wohngebiet Grünau umzusetzen. Die Planungen für Olympia sahen ab 2001 für diesem Stadtteil das Olympische Dorf vor. Wohnen am Wasser wird künftig von privaten Investoren verwirklicht, wofür schon heute ein großer Bedarf besteht, wie die Quartiere am Karl-Heine-Kanal in Plagwitz und Schleußig zeigen.

Schon damals stellte sich die Frage, ob

Bundesgartenschauen noch von Interesse sind. Die in den 70er bis 90er Jahren entstandenen Freizeitparks und großflächigen Einkaufsmärkte auch für Gartenbedarf decken ein entsprechendes Bedürfnis weitgehend ab. Eine glückliche Hand mit einer Bundesgartenschau hatte lediglich Potsdam, im Speckgürtel Berlins gelegen. Für Cottbus wurde die BUGA Anfang der 90er Jahre ein Erfolg, weil auf jegliche temporäre Bauten verzichtet wurde und das Areal so dimensioniert war, wie es auch anschließend weiter genutzt wird. Die kommende BUGA in Gera ist kritischer zu betrachten. Um das Projekt zu verwirklichen, wurden große Teile des kommunalen Wohnungsbestandes verkauft bzw. teilprivatisiert.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Benedikt XVI. dieser Tage in Köln



Er weint – glaubt man dem Taschentuch mehr als seinem unbeteiligten Gesicht. Und wenn er wirklich weinte – worüber müsste ein Papst täglich heiße Tränen vergießen?

Darüber, dass es gar keinen Gott geben kann? Wären sonst Kriege möglich, sich gegenseitiges Abschlichten?

Weinte er vielleicht darüber, weil, wie Lichtenberg aphoristisch kurz feststellte, Gott die Menschen nach seinem Bilde schuf, was vermutlich heiße: „Der Mensch schuf Gott nach dem seinigen“? Was keines Kommentars bedarf, aber wahrlich zum Weinen ist.

Weint der Mann, weil Gott nur ein „launischer Tyrann“ ist, der Kinder quält? Ellie Wiesel, der als 14-jähriger nach Auschwitz verschleppt wurde, empfand es so.

Oder würde der Papst ein paar Tränen fließen lassen, weil Jesus ja eigentlich Atheist war – wovon Ernst Bloch

ausging. Der meinte übrigens, das Christentum sei insgesamt im Grunde atheistisch, weil zukunftsorientiert. Jesus, so sagt der Marxist Bloch, ist herrschaftsfrei. Und das ist unvertretbar mit Gott, dem Herrscher.

Dieser Benedikt, geborener Joseph Ratzinger, ist kreuzfest in seinem Glauben und unbeirrt in seiner Macht. Gründe, aus denen Christen heute weinen, fechten ihn, den Verfechter der mittelalterlichen reinen Lehre offenbar wenig an.

So wird er denn zum katholischen Weltjugendtag Mitte August mit geschwellter Brust und strahlendem Blick (bestens bekannt von den Fotos nach seiner Wahl) den eigens für ihn auf dem Kölner Marienfeld aufgeschütteten Hügel erklimmen, um als Stellvertreter Gottes von oben herab nicht zuletzt auch seine lebensfremden und herzlosen Gesetze zu verkünden. Bei allem Jubel, in den zigtausende Jugendlichen aus 45 Ländern angesichts seiner Heiligkeit, angesichts des Symbols, das er verkörpert, verfallen werden – den Dogmen der Kirche sind wohl die wenigsten noch verfallen. Denn sie erleben auf der Straße, in ihren Häusern, Städten und Ländern den täglich härter werdenden Kampf ums Dasein – und dazu braucht es mehr „als kollektive Phantasiebefriedigung“ (Erich

Fromm). Da braucht es keine Kniefälle vor denen da oben, da braucht es selbstbewusstes Agieren für eine gerecht verfasste Welt. Wie sie die Befreiungstheologen verkünden und vorleben, die Ratzinger schon als Kardinal und als oberster Inquisitor der heiligen römischen Kirche erbarmungslos verfolgte.

Köln soll ein Zeichen setzen, heißt es. Wofür? Wogegen?

Mag der Papst in seinen Machtallüren von einem Event zum anderen eilen, es werden genug Christenmenschen dabei sein, die das rechte Wort ergreifen und an die Verantwortung der Christen für Frieden, Solidarität und Völkerverständigung, gegen Ausbeutung und Kriege erinnern. Aber auch sie werden kaum den Trend stoppen, der von Kirchnaustritten, Überalterung und Priestermangel gekennzeichnet ist. In Deutschland verlor die katholische Kirche seit 1990 insgesamt 2,1 Millionen Mitglieder. Die meisten durch Austritte. Die staatlich eingezogene Kirchensteuer mag für manchen Grund gewesen sein. Vor allem aber das Frauenbild der Kirche, das stur wie starre Ehebild, waffensegnende Pfarrer, Obrigkeitsdenken, nicht zuletzt das scheinheilige Zölibat führen dazu, dass sich jährlich Hunderttausende Christen von der Macht-Institution Kirche abwenden und andere Wege, auch politisch links geprägte, suchen, um ihrer Überzeugung – und ihrem Glauben zu leben. Für eine gerechte Welt.

• MAXI WARTELSTEINER

Auch LEIPZIGS NEUE hatte den frühen August-Termin der Rosa-Luxemburg-Stiftung so veröffentlicht: *In der Globalisierungsfalle – Politische Alternativen zum Neoliberalismus*. Sowohl diese Anzeige als auch die Handzettel sorgten an diesem Mittwochabend für einen munteren Beginn der Podiumsdiskussion. „Sind wird denn schon in der Falle drin ... wie kommen wird da wieder raus ... müsste nicht doch ein Fragezeichen hinter der Globalisierungsfalle stehen?“

50 fragende Augenpaare richteten sich auf Volker Külöw (*DieLinke.PDS*), Enrico Stange (*WASG*) und den Moderator Dieter Janke. „Ja, eigentlich war ein Fragezeichen vorgesehen“ – erinnerte sich Külöw – „irgendwann muss es aber ein Computer gelöscht haben.“ Allgemeine Zufriedenheit im Saal. Das war auch gleich der richtige Moment, um mit einem freundlichen Seitenblick auf Enrico Stange noch ein Ausrufezeichen zu setzen: „Wer hätte vor wenigen Wochen gedacht, dass wir Königskinder PDS und WASG auch in Sachsen noch zusammenfinden werden!“

Der Gartensaal im Gewerkschaftshaus der Leipziger Karl-Liebknecht-Straße hat noch immer den Charme eines Schulungsraumes der 70er Jahre. Und so mussten die Zuhörer brav wie die Schüler hinter Tischen sitzen ... konnten natürlich auch gut mitschreiben. Wenn die Wände dieses alten Saales Ohren hätten, welche Losungen und Lösungen haben sie in den letzten Jahrzehnten schon vernommen.

Das benannte Thema an diesem Abend – keiner der Diskutanten bestreift es – ein wahrhaft kompliziertes. Aber eigentlich Stoff für ein mehrtägiges wissenschaftliches Forum. Für wohl jeden im Alltag unübersehbar: Digitalisierung und Globalisierung ver-

schärfen das Tempo aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse. Wie wird angesichts dieser Entwicklung die Zukunft aussehen? Im Saal saßen die unterschiedlichsten Jahrgänge. Die allseits von der Noch- oder Baldregierung beschworenen tiefgreifenden Veränderungen werden mit Sicherheit alle Lebenswege empfindlich kreuzen. Jeder sieht zu, wo er bleibt. Jeder macht



jüngere Teilnehmer – gäbe es in Deutschland zunehmende Widerstände gegen die „Coolness-Kultur“ und die Schnallden-Gürtel-enger-Rufe. Das Stichwort für einen jungen Mann, um da noch einmal nach der PDS-Haltung zu den EIN-EURO-JOBS zu fragen. Andere Themen waren ebenso rasch eingekreist: „Wie viel Staat darf es denn sein?“ / „Wann werden aus hochmilitarisierten Gesellschaften entmi-

Aufbruchstimmung zu spüren war, brachte ein Mittvierziger (offenbar SPD-Mitglied) noch einmal den Begriff demokratischer Sozialismus ins Spiel, „auf den sich vor Jahrzehnten sogar schon mal die CDU eingelassen hatte und den man als gesellschaftliche Alternative bitte nicht vergessen darf“. (Beifall im Saal) Auf den freundlich gemeinten letzten Hinweis des Moderators auf das am Saaleingang

liegenden neue Buch von Dr. Cornelia Heintze zur Globalisierung bemerkte dieser Frager noch: „Kann ich mir als ALG-II-Empfänger leider nicht mehr leisten.“ Punkt 19.58 öffneten sich die Ausgänge des Gartensaales im Gewerkschaftshaus. Das ist in der ARD gerade die übliche Zeit für die täglichen Börsenwerte und Angela Merkel verkündet danach in der *Tagesschau*, dass sie nur für ein Fernsehduell Zeit habe.

Darum noch ein letztes, kleines Fragezeichen: Wie weit drifteten öffentliche und veröffentlichte Meinung auch an diesem Mittwochabend wieder mal auseinander?



• MICHAEL ZOCK

Fehlendes Fragezeichen ... trotzdem Antworten

Globalisierung, Königskinder und Wahlbündnisse

seinen Job, falls er noch einen hat. Jeder bleibt sich selbst der Nächste. Lass die Probleme des anderen möglichst nicht an dich heran. Das wäre – so betonen Volker Külöw und Enrico Stange mehrfach – eine fatale Richtung. Das darf nicht der künftige Weg sein.

Die anwesende Buchautorin Cornelia Heintze verwies darauf, „dass sich die Versprechungen des Neoliberalismus in Deutschland nicht erfüllt haben. In der Bevölkerung mache sich ein zunehmendes Unbehagen breit, dass irgendetwas schief läuft. Politische Alternativen und Denkmodelle böten aber die nordeuropäischen Staaten“. Nicken und Beifall im Saal: Genau aus diesem Grund – so

litarisierte Gesellschaften?“ / „Welche Rolle spielen künftig die außerparlamentarischen Oppositionen, denn das Wahlbündnis könnte selbst mit 12 Prozent nicht vieles verändern?“

Nach knapp zwei Stunden blieben die Erkenntnis und die Frage: Je mehr das Geld „arbeitet“, desto weniger Arbeit gibt es offenbar. Wie können *Die Linke.PDS* und die *WASG* diesen kapitalen Schaltplan umstellen?

Sowohl Volker Külöw als auch Enrico Stange wiesen Auswege. Beider Hinweis jedoch: Bitte nachlesen und prüfen in den Programmen und Veröffentlichungen.

Apropos Lesen: Als schon allgemeine

liegende neue Buch von Dr. Cornelia Heintze zur Globalisierung bemerkte dieser Frager noch: „Kann ich mir als ALG-II-Empfänger leider nicht mehr leisten.“ Punkt 19.58 öffneten sich die Ausgänge des Gartensaales im Gewerkschaftshaus. Das ist in der ARD gerade die übliche Zeit für die täglichen Börsenwerte und Angela Merkel verkündet danach in der *Tagesschau*, dass sie nur für ein Fernsehduell Zeit habe.

Darum noch ein letztes, kleines Fragezeichen: Wie weit drifteten öffentliche und veröffentlichte Meinung auch an diesem Mittwochabend wieder mal auseinander?

Auf Weisung Heinrich Himmlers wurden die SS-Truppenteile ab Oktober 1939 als Waffen-SS benannt. Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg erklärte diese faschistische Eliteorganisation zusammen mit den anderen SS-Gliederungen zur verbrecherischen Organisation. Grund dafür war, dass die Verbände der Waffen-SS – zu denen auch die Polizeiregimenter der SS gehörten – in der Hauptsache die Kräfte waren, die unzählige Verbrechen auf dem Territorium der militärisch besetzten Gebiete Polens, der Sowjetunion und anderer europäischer Länder verübt hatten, darunter die Vernichtung ganzer Ortschaften und Dörfer. Verhaftungen und Massaker, Geisel- und Massenerschießungen, Misshandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen sowie andere Verbrechen mehr waren ihr blutiges Tagewerk. Und es waren die Lagerkommandanturen der Waffen-SS, die die millionenfachen Massenmorde, insbesondere an den Juden, in den Konzentrationslagern durchführten. Noch heute, 60 Jahre nach der Befreiung vom mörderischen Faschismus, ist in zahlreichen europäischen Ländern das Wort „Waffen-SS“ eines der größten Schreckensworte der Geschichte.

Es zeugt daher von der menschenverachtenden Ideologie rechtsextremistischer Kräfte in der BRD, diese Taten der Waffen-SS zu rühmen und zu ehren. Entsetzt darüber, haben Teile der Bevölkerung dagegen protestiert. Umso fassungsloser reagierten sie auf das Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 28. Juli 2005, nach dem die öffentliche

Deutschland dieser Tage:

„Ruhm und Ehre“ den Verbrechern!

Verwendung der faschistischen Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ nicht strafbar ist.

Diese ist laut BGH den NS-Formeln „Unsere Ehre heißt Treue“ und „Blut und Ehre“ nicht zum Verwechseln ähnlich. Nur Original-Parolen von Organisationen aus der Nazizeit seien strafbar. Mit anderen Worten: Nicht über die Solidarisierung mit den Untaten verbrecherischen Organisation wurde befunden, sondern lediglich über die Benutzung bzw. den Vergleich von Parolen damals und heute.

Das Urteil des BGH, das damit zugleich anders lautende Gerichtsurteile aufhob, lässt auf die Wirksamkeit der mit brau-

nen Wurzeln belasteten bundesdeutschen Justiz schließen. Aber dennoch, die Ursache für dieses skandalöse Urteil erklärt sich nicht allein daraus. Bereits 1951 wurde in der Bundesrepublik die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG) als Waffen-SS-Nachfolgeorganisation gegründet. Getarnt als „soziale Hilfsorganisation“ war sie Sammelbecken der Traditionsvereinigungen der einzelnen SS-Divisionen. Zu den Gründern bzw. langjährigen Mitgliedern zählten höchste Funktionsträger der Waffen-SS, darunter u. a. der verstorbene Kommandeur der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“, SS-Obergruppenführer Sepp Dietrich. An HIAG-Treffen nahmen wiederholt offi-

ziell Persönlichkeiten der Politik und Abordnungen der Bundeswehr teil – praktizierter „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ im „demokratischen Rechtsstaat“ BRD. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatten zahlreiche Angehörige der Waffen-SS führende Funktionen im Staats- und Wirtschaftsapparat eingenommen. Am 19. April 1959 wurde die HIAG in „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ umbenannt. Der Bonner Bundestag beschloss, der Reinwaschung der SS folgend, am 29. Juni 1961, dass alle Angehörigen der ehemaligen SS-Verfügungstruppe, die am 8. Mai 1945 länger als zehn Jahre im Dienste Himmlers und Hitlers standen, versorgungsberechtigt sind. Dieser Beschluss öffnete Personen, die an Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt waren, darunter Tausenden Judenmördern und KZ-Henkern, den Weg in den westdeutschen Staatsapparat.

Das alles in Betracht ziehend, konnte das Urteil des BGH gar nicht anders ausfallen. Die BRD wurde, im Unterschied zur DDR, nicht in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen auf einer klaren Grundlage antifaschistisch-demokratischer Werte und Verpflichtungen gegründet. Sie vollzog keinen eindeutigen und vollständigen Bruch mit dem Dritten Reich. • KURT SCHNEIDER



Und die Nazis sind mit Ehrungen noch lange nicht am Ende ...

Foto: Märker



Ausbildungsplatzumlage als Gesetz!

Zu den Arbeitslosenzahlen für Juli erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion, Caren Lay: *Weniger Ausbildungsplätze, mehr Arbeitslose – auf dieses traurige Ergebnis rotgrüner Arbeitsmarktpolitik hat die Staatsregierung nicht mit eigenen Initiativen reagiert, im Gegenteil: Unter Verantwortung von Wirtschaftsminister Jurk wurde die Richtlinie zur Ausbildungsförderung Monate verschleppt. Die Ausbildungsplatzumlage für Betriebe, die ausbilden können, aber nicht wollen, ist das Gebot der Stunde. Jurks Kuschelrunden mit Wirtschafts-Lobbyisten helfen keinem Jugendlichen, sondern treiben Ausbildungs- und Arbeitssuchende ins Stoiber-Land. Stattdessen sollte die Landesregierung auf Bundesebene Druck machen, damit die Ausbildungsplatzumlage Gesetz wird.*

Die strukturellen Ursachen von Massenarbeitslosigkeit können nicht auf Landesebene überwunden werden. Ausbildungsplatzumlage und gesetzliche Begrenzung von Überstunden sind ebenso Herausforderungen der Bundespolitik wie gezielte Förderprogramme für strukturschwache Regionen in Ost und West sowie das Vorziehen von öffentlichen Investitionen. Die Linke.PDS wird in den nächsten Wochen alle Parteien zwingen, Farbe zu bekennen.

Märchenstunde von Minister Metz im Landtagsausschuss

LN. Auf der von der PDS-Landtagsfraktion geforderten Sondersitzung des Untersuchungsausschusses zur Landesbank Sachsen in der vorigen Woche hat Finanzminister Horst Metz Vorwürfe vehement zurückgewiesen, wonach er mit einem finanziellen Angebot eine Schadenersatzklage von der SachsenLB abwenden wollte.

Der Obmann der PDS-Fraktion im Ausschuss, Klaus Tischendorf, zog nach der elfstündigen Zeugenvernehmung das Fazit: *„Finanzminister Metz ist dem Untersuchungsausschuss eine plausible Erklärung seines Verhaltens rund um einen mutmaßlich geplanten 35-Millionen-Euro-Deal zur Beilegung der gerichtlichen Auseinandersetzung um die Anteile der Leasingfirma IIL an der Landesbank-Tochter MDL schuldig geblieben. Seine Aussagen sind ebenso widersprüchlich und unglaubwürdig wie die Antworten seines Vertrauten, des Notars Georg Schildge.“* Trotzdem

oder vielleicht gerade deshalb lehnte die Ausschuss-Mehrheit den Antrag der PDS-Vertreter ab, mit einer direkten Gegenüberstellung der Zeugen – zum einen Finanzminister Metz und der Emissär des IIL-Chefs Hausbacher, Andreas Waldow, zum anderen Notar Schildge und der Hausbacher-Anwalt Klaus Fischer – eklatante Widersprüche aufzuklären.

„Herr Metz kann nicht glaubhaft erklären, wieso er auf keinen der Dutzend Briefe von Herrn Hausbacher geantwortet hat, aber mit dessen Sprecher Waldow nachts stundenlang in vertrauter Atmosphäre redet“, stellte Tischendorf fest. Dass Schildge von Metz zu diesem Gespräch *„als Mensch, nicht als Notar“* hinzugezogen wurde, wird schon dadurch unglaubwürdig, dass dieser drei Tage später als Notar mit Waldow und Fischer – angeblich „eigenmächtig“, so Metz – zwei Stunden beraten hat. *„Monate später hat Metz noch so viel Vertrauen zu Schildge, dass er*

ihn zu einem halbstündigen Gespräch ins Ministerium bittet, um über die Reaktion auf die aktuelle Forderung der PDS nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten zur Landesbank-Affäre zu beraten. Einen Tag später gibt Schildge auf Wunsch von Metz eine so genannte eidesstattliche Erklärung ab, die gar keine ist; vor dem Untersuchungsausschuss räumt der erfahrene Richter und Notar mögliche ‚Formfehler‘ ein.“

Dabei „vergisst“ er, den Termin in seiner Kanzlei zu erwähnen, und bei seiner Vernehmung unterschlägt er das Treffen mit Metz im Ministerium und behauptet wahrheitswidrig, er habe ihn zuletzt auf einer Geburtstagsfeier gesehen.

Die Sondersitzung habe gezeigt, bilanzierte Tischendorf, dass der Finanzminister als Rechtsaufsicht der Landesbank völlig überfordert ist, und er *„lasse sich sich von Leuten beraten, die ebenso wenig Ahnung haben wie er selbst“.*

Antifaschistische Klausel bitter nötig

LN. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes, die Verwendung der rechtsextremistischen Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ sei nicht strafbar, unterstütze unfreiwillig die Forderung der Linkspartei.PDS nach Einführung einer antifaschistischen Klausel ins Grundgesetz, erklärte der rechtspolitische Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, Klaus Bartl. Der im April von der Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf für die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die sächsische Landesverfassung steht am 26.

September im Verfassungs- und Rechtsausschuss des Landtags zur Experten-Anhörung. Damit soll als weiteres Staatsziel in die Verfassung Sachsens aufgenommen werden: *„Rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengutes nicht zuzulassen, ist Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land.“*

„Gerade von Sachsen, wo eine rechtsextremistische Partei im Parlament sitzt, die sich unverschämten zur Tradition nationalso-

zialistischen Gedankenguts bekennt“, so Bartl, „muss jetzt nach diesem Urteil des BGH ein klares Signal ausgehen: Der Missbrauch der Meinungsfreiheit durch Neonazis darf nicht hingenommen werden.“ Wer beispielsweise ausdrücklich die Waffen-SS glorifiziert, die durch zahllose Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung, das Bewachen von Konzentrationslagern und die Beteiligung an medizinischen Menschenversuchen in abscheulicher Weise aufgetreten ist, stimme diesen Untaten zu.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Juli

Sommerhöchststand

Im Agenturbezirk Leipzig ist der neue Juli-Höchststand mit 80 871 Arbeitslosen – 620 mehr als im Vormonat und 6700 mehr als im Vorjahr – hervorzuheben, der unter den zehn Agenturen Sachsens weiterhin den letzten Platz bedeutet. Bedrohlich entwickelte sich die Lage für arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren, deren Anzahl gleich um 2853 auf 11 446 in die Höhe schnellte.

Zugänge in die Arbeitslosigkeit gab es mit 3098 Personen aus dem Dienstleistungsgewerbe, gefolgt von 648 aus dem Baugewerbe in dessen Hochsaison und 361 aus dem produzierenden Bereich.

Die ABM wurden auf 2199 und damit um 28,3 Prozent gegenüber 2004 drastisch zurückgefahren. Die berufliche Weiterbildung sank um 33,8 Prozent auf 1204 Stellen.

Der Agentur für Arbeit wurden seit Oktober 2493 Ausbildungsstellen gemeldet, 17 Prozent weniger als voriges Jahr. Dem stehen 8697 Bewerbermeldungen gegenüber, nur 1 Prozent weniger. Derzeit stehen 4907 noch nicht versorgte Bewerber 665 unbesetzten Ausbildungsstellen gegenüber.

Die Lage in Sachsen entwickelte sich ähnlich. Die Arbeitslosenzahl befindet sich mit 395 800 knapp über Vormonat und Vorjahr. Sie legte besonders bei Jugendlichen unter 25 Jahren um 5523 auf 53 314 zu. Die ABM kürzte man gar um 53,2 Prozent. Die Direktion führte das Ende des Schuljahres und das Auslaufen überbetrieblicher Ausbildungsverhältnisse als Grund an. • JOACHIM SPITZNER

26. Juli

Dresden. Das Wirtschaftsministerium beabsichtigt, gegen Ende des Jahres einen Führerschein für 17-Jährige einzuführen. Ein Jugendlicher kann dann nach bestandener Prüfung in Gegenwart eines Begleiters ein Kraftfahrzeug führen.

27. Juli

Dresden. Im ersten Halbjahr stieg nach Mitteilung des Landeskriminalamtes die Zahl der Diebstähle von Dieselmotoren von 277 im Vorjahr auf 354.

München / Neuensalz. Ein Manager des BMW-Konzerns wird unter dem Verdacht festgenommen, von einem sächsischen Zulieferbetrieb 100 000 Dollar Schmiergeld angenommen zu haben.

29. Juli

Dresden. Das Landgericht verurteilt den Bombenleger vom Dresdner Hauptbahnhof, den Immobilienkaufmann Ulrich Vogel, zu 12 Jahren Haft. Die Anklagevertretung legt danach Revision ein, weil ihr das Strafmaß zu gering erscheint.

Berlin/Leipzig. Während mehrere große gesetzliche Krankenkassen über Beitragserhöhungen sprechen, teilen die

SACHSEN-CHRONIK

26. Juli bis 8. August

AOK Sachsen und die Techniker-Krankenkasse mit, sie planten keine Erhöhungen. **Dresden.** Die NPD nimmt den Landtagsabgeordneten Klaus-Jürgen Menzel wegen Beteiligung an tätlichen Angriffen gegen Linke aus der Schusslinie, indem sie ihm Wahlkampfauftritte in Sachsen untersagt.

1. August

Leipzig. Die Post-Tochter DHL startet jetzt täglich fünf Flüge vom Flughafen Leipzig-Halle.

Dresden. Während sich die CDU für ein Zentrum gegen Vertreibungen stark macht und auch in Sachsen ähnliche Projekte installieren will, wie ein „Haus der Heimat“ und ein „Schlesisches Landesmuseum“, geht SPD-Fraktionschef Cornelius Weiss hierzu auf Distanz.

2. August

Leipzig. Nach Angaben des Geschäfts-

führers der Krankenhausgesellschaft Sachsen, Stephan Helm, sind in den Kliniken des Landes etwa 100 Arztstellen wegen Mangels an qualifizierten Fachärzten nicht besetzt.

3. August

Dresden. Im ersten Halbjahr 2005 wurden laut Innenministerium 1479 unter Drogen stehend Autofahrer ermittelt. Vor vier Jahren waren es im gleichen Zeitraum nur 509.

Dresden. Die Von Ardenne Anlagentechnik GmbH, ein Spezialbetrieb der Vakuumprozesstechnik für hauchdünne Beschichtungen, wird als erstes ostdeutsches Unternehmen von der Jury der Wiener Wirtschaftsuniversität zum Innovator des Jahres gewählt.

4. August

Görlitz. In der Stadt, die sich gemeinsam

mit dem polnischen Zgorzelec als Europäische Kulturhauptstadt für 2010 bewirbt, beginnt das dreitägige Straßentheaterfestivals „Via Thea“, an dem Akteure aus ganz Europa und aus Australien teilnehmen.

Dresden. Die Polizei beschlagnahmt in einem rechtsextremen Szenetreff 100 CD, die wegen Verunglimpfung des Staats und seiner Symbole sowie wegen schwerer Jugendgefährdung als strafrechtlich relevant eingestuft wurden.

5. August

Dresden. Die NPD hat einen Mietvertrag für eine Tennishalle im Stadtteil Pappritz abgeschlossen, um sie für Veranstaltungen zu nutzen. Damit soll Sachsen, so ein Sprecher der Partei, als bundesweites Zentrum der NPD ausgebaut werden.

8. August

Dresden. Aus der Antwort der Regierung auf eine PDS-Anfrage zur Unternehmensansiedlung in Sachsen geht hervor: 2004 gab es 359 Standortangebote an Investoren, die zu 74 Besichtigungen und 12 Ansiedlungen führten. 21 Land- und Stadtkreise gingen leer aus.

LISA, die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS, beschloss, den Weg zur Linkspartei mitzugehen. Ihre Rednerin auf dem PDS-Parteitag am 17. Juli 2005, CHRISTIANE REYMANN, spürte der Frage nach „Warum bringt die Idee einer neuen Linkspartei so viel in Bewegung?“. Hier Auszüge ihrer Überlegungen:

Einige Gründe können wir getrost ausschließen. Der vorgezogene Wahltermin etwa ist Anlass, nicht Ursache. Die exponierten Personen der Linkspartei sind wichtig, aber nicht entscheidend. Das in den Augen ihrer Klientel erbärmliche Versagen von Rot-Grün spielt eine Rolle, ist aber auch nicht die Ursache. Auf eine schlechte Regierung haben die Menschen in Westdeutschland in den letzten 60 Jahren noch nie mit der Bereitschaft geantwortet, eine Linkspartei relevant zu machen. Das ist ein Tabubruch mit der jüngeren deutschen Geschichte. Das ist ein kultureller und politischer Bruch mit der Selbstdefinition der alten Bundesrepublik, die Kommunistinnen, Sozialistinnen und alle, die sich mit ihnen einlassen, aus dem Verfassungsbogen ausschloss. Für diesen Tabubruch muss sich etwas Entscheidendes in den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen und im gesellschaftlichen Bewusstsein verändert haben. Da ist die Akzeptanz des Neoliberalismus. Sie bröckelt – zunächst an den Rändern; in Lateinamerika mit vielfältigen und interessanten Versuchen der Selbstbehauptung. Sie bröckelt auch im Nahen und Mittleren Osten auf eine ganz andere Art, in der Stärkung autokratischer Strömungen. Jetzt bröckelt sie auch in Europa. Das hat das EU-Verfassungsreferendum in Frankreich gezeigt. Es war richtig, dass die PDS den Verfassungsentwurf gegen den scheinbar ehern gefügten Neoliberalismus abgelehnt hat. Die Akzeptanz des Neoliberalismus beginnt zu bröckeln, weil der Neoliberalismus selbst in der Krise ist. Die poli-

Frauenpower

Denn Frauenfragen sind keine Eintagsfliegen

tische Klasse folgt den Mythen des Neoliberalismus, sie ist in ihnen verfangen. Zum Beispiel in dem Mythos: Arbeit muss billiger werden, damit Arbeitsplätze entstehen. Rot-Grün hat dafür die Ökosteuer eingeführt und in die Rentenkassen umgelenkt. Die Massenerwerbslosigkeit blieb. Die CDU/CSU will jetzt die Mehrwertsteuer erhöhen zugunsten der Arbeitslosenversicherung. Auch dadurch wird kein einziger neuer Arbeitsplatz entstehen. Sie folgen dem Mythos: Konflikte in der Welt können mit Krieg gelöst werden. Durch die neuen Kriege ist un-

sere Welt aber nicht sicherer, sie ist unsicherer geworden. ... Die Zeit für einen linken Aufbruch ist herangereift, auch und nicht zuletzt im Ost-West-Verhältnis. Die alte BRD stirbt langsam. Zuerst ist der rheinische Kapitalismus gestorben. Jetzt stirbt ihre politische Selbstdefinition – durch das neue politische Subjekt, das wir mit befördern wollen.

Einige reden von einem neuen linken Projekt. Wir sind kein Projekt, wir sind ein Subjekt. Wir sind Handelnde, wir machen Politik mit und für Menschen, eine – so hoffe ich – Politik der Subjektivität. Wir verändern die Umstände und wir verändern uns selbst. Da sind wir bei Marx, der in den Feuerbachthesen geschrieben hat: Das Zusammenfallen des Änders der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefasst werden. Wir wollen nicht nur in den Bundestag, wir wollen umwälzen.

In das neue politische Subjekt bringen wir einige ungelöste theoretische, strategische, kulturelle Fragen ein. Etwa die nach der Versöhnung von Feminismus und Marxismus. Oder die nach neuen Lösungen der sozialen Frage, in der es keine Hierarchisierung der Kämpfe nach sozial, ökologisch, feministisch, demokratisch gibt. Sie bilden eine Einheit und wir müssen ihre Verschränkungen begreifen.

In der umwälzenden Praxis, die wir wollen, werden wir uns selbst umwälzen. Damit nicht jemand, der uns in zehn Jahren wieder trifft, sagen wird: Ihr habt euch gar nicht verändert. Dann müssten wir erleichen. Wir wollen aber erröten.

„Frauen kommunizieren anders: Sie treffen sich eher selten an Stammtischen, dafür telefonieren sie lieber. Frauen sind besonders erfolgreich im Knüpfen von Kontakten und arbeiten in Netzwerken. Das wiederum hängt mit ihren spezifischen Kommunikationsformen zusammen und der Art und Weise, mit Informationen umzugehen. Frauen bevorzugen es, Informationen schnell und umfassend fließen zu lassen und durch horizontale Informationen zu Entscheidungen und Beschlüssen zu kommen. Für Männer sind Informationen häufig Machtinstrumente, die hierarchisch verteilt werden und in dünnen möglichst undurchlässigen Kanälen fließen.“

EVELIN WITTICH

(aus: Studie: Politik und Wahlen / Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin)

DR. VOLKER KÜLOW, Direktkandidat der Linkspartei im Leipziger Süden, schrieb einen persönlichen Brief an die Ärzte und Zahnärzte seines Wahlkreises 154. Darin heißt es unter anderem:

.... Mit großer Sorge sieht DIE LINKE.PDS, wie die Leistungserbringer im Gesundheitswesen systematisch gegängelt und materiell benachteiligt werden. Die sogenannte Gesundheitsreform unter der Agenda 2010 in Rürup-Hartz-Mentalität bringt nur neue Erschwernisse und Drangsale für Mediziner und Patienten, lässt die Ausübung des Heilberufs insbesondere immer bürokratischer werden. Besonders signifikant ist die sogenannte Praxisgebühr, bereits als Formulierung lügnerisch, weil nichts anderes als eine unverhüllte Erhöhung der Beitragssätze zur Alimentierung der Krankenkassen einschließlich maßloser Vorstandsbezüge. Der Arzt wird ungenügend zum Hilfspersonal der ohne effiziente Kontrolle agierenden Krankenkassen degradiert, die zudem immer unverhohlener seine Therapiefreiheit aushöheln. Völlig zu Recht hat das Landgericht München mit Urteil vom 12. Mai 2005 die Äußerung eines Zahnarztes für sachlich korrekt befunden: ‚Dieser Betrag dient zur Sanierung der kranken Kassen in Deutschland und muss von der Praxis an die Krankenkassen zwangsweise weiter bezahlt werden‘. Analog sind die Verhältnisse in der Privaten Krankenversicherung, wo sich die erschreckende Arroganz der Gesundheitspolitik gegenüber Arzt und Patient an der geltenden Gebührenordnung der Zahnärzte (GOZ) aus dem Jahre 1987 präzise nachweisen lässt. Jeglicher Vernunft hohnsprechend hält es die Bundespolitik für legitim und vertretbar, fast 20 Jahre medizinischen Erkenntnisfortschritts zu Lasten von Zahnarzt und Patient zu ignorieren. ... Diese Rürup-Hartz-Mentalität findet sich

Alternative auch für Ärzte ...



auch kommunal, z. B. in der Entscheidung der Stadt Leipzig, die Schulzahnklinik zum 30. September 2005 aus finanziellen Gründen zu schließen. Stattdessen wird beim Gesundheitsamt ein Sachgebiet schulzahnärztlicher Dienst eingerichtet, das für die Versorgung der ca. 340 Kindereinrichtungen und Schulen gänzlich ungeeignet ist. Statt medizinischer Betreuung reichlich Mittel für eine neue Verwaltung des Nichts. ...

DIE LINKE.PDS tritt neben der kompletten Rücknahme der gescheiterten Gesundheitsreform für einen radikalen Abbau der Bürokratisierung des Gesundheitssektors ein. Dies bedeutet u. a. Aufhebung der staatlichen Zwangsverwaltung durch die KV/KZV, Reduzierung der unsinnigen Anzahl von Krankenkassen auf das unverzichtbare Minimum, Beschränkung der ausufernden Kompetenzen der Krankenkassen ausschließlich auf administrative Fragen, drastische

Senkung der exorbitanten Verwaltungsausgaben der Krankenkassen, Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen, Berufsgenossenschaften, Kammern u. a. Regulierungsanstalten. Strengste Anwendung des Wirtschaftlichkeitsprinzips

auf die Tätigkeit der Behörden anstatt auf die Gesunderhaltung des Menschen. Mit der ersatzlosen Auflösung überflüssiger bürokratischer Regulierungseinrichtungen und der Befreiung der Ärzteschaft von berufsrechtlichen Belastungen wird sich die Qualität der medizinischen Versorgung ohne jeden Zweifel erhöhen. ...

Ein weiteres Anliegen sieht DIE LINKE.PDS in der materiellen Sicherstellung der Mediziner, da es untragbar ist, den Vertragsärzten eine Vergütung mit beschränkter Haftung unter Vorbehalt zuzumuten. ... In diesem Zusammenhang ist auch die längst überfällige Angleichung der Vergütung Ost an die Vergütung West herbeizuführen.

Des Weiteren ist die auf Arzneien, Verbands- und Hilfsmittel erhobene Mehrwertsteuer ein gesellschaftlicher Skandal ersten Ranges, wird doch damit von Wirtschaft und Politik die Gesunderhaltung des Menschen ungeniert zur

Profitquelle degradiert. ... Ist es etwa nicht zutiefst inhuman, wenn der Gesetzgeber nicht einmal bereit ist, den verminderten Steuersatz anzuwenden, während Flugbenzin z. B. steuerlich völlig unbehelligt bleibt? An diesem Beispiel wird das verlogene Gerede der Regierungspolitik von einer Entlastung der Krankenkassenausgaben deutlich.

DIE LINKE.PDS tritt für die Stärkung des solidarischen Systems Krankenversicherung ein und wendet sich mit Entschiedenheit gegen deren bereits eingeleitete rigorose Privatisierung. Die Gesunderhaltung des Menschen ist eines der höchsten Güter an sich, ein Anliegen ersten Ranges, das nur von der Gesellschaft als Ganzem getragen werden kann und deshalb der profitträchtigen Privatisierung nicht unterliegen darf. Ganz unzweifelhaft sollte das Gesundheitssystem eines kultivierten Staates professionell von kompetenten Fachleuten geleitet werden und nicht von Volkswirten, Verwaltungswirten oder Sonderpädagogogen, deren sachliche Überforderung und fachliche Inkompetenz immer unerträglicher wird. In einem Wort: das marode gesetzliche Krankenkassensystem muss in ein effizientes Gesundheitssystem umgestaltet werden, in dem der Mediziner dem Eid des Hippokrates verpflichtet ist, nicht aber dem Dilettantismus einer multimorbiden Krankheitsbürokratie. ...

DIE LINKE.PDS. Die Linkspartei ist bundesweit die einzige politische Kraft, die sich zu diesem Credo bekennt, die willens und fähig ist, ein solches Konzept im Interesse des Menschen, im Interesse von Arzt und Patient Realität werden zu lassen. Sie sind herzlich eingeladen und willkommen, diese Vorstellungen gemeinsam mit uns zu verwirklichen.

In diesem Sommer ist GOYA der Star der Berliner Kulturszene



Für die Ausstellung „Goya – Prophet der Moderne“, die in diesem Sommer in der Alten Nationalgalerie gezeigt wird, haben drei Museen – die Alte Nationalgalerie, das Kunsthistorische Museum Wien und der Prado in Madrid – ihr kunstgeschichtliches Gewicht in die Waagschale geworfen. Mit 80 Gemälden, 60 Zeichnungen, 30 Gra-

Von **KARL-H. WALLOCH**

fiken und Tapisserien von Francisco José de Goya y Lucientes – geboren am 30. März 1746 in Fuendetodos/Aragon, gestorben am 16. April 1828 in Bordeaux – erlebt der Besucher das spanische Genie der bildenden Kunst in allen Facetten als Maler, Lithograph und Radierer. Das *Bucerius Kunst Forum* in Hamburg flankiert die Berliner Goya-Schau. Unter dem Titel „Von El Greco bis Goya“ präsentiert es bis zum 21. August ein Potpourri spanischer Malerei aus deutschen Museen und Sammlungen. Ob nun Goya der alleinige Prophet der Moderne ist, wäre noch zu hinterfragen. Die Ausstellung in der Alten Nationalgalerie mit Werken aus öffentlichen und privaten Sammlungen jedenfalls ist einzigartig. Erstmals wird das Werk des spanischen Malers Francisco de Goya in einer derartig umfassenden Ausstellung in der Bundesrepublik gezeigt (ihre weitere Station ist das Kunsthistorische Museum in Wien). Möglich wurde das vor zehn Jahren begonnene Projekt nur dank der kooperativen Zusammenarbeit mit dem Prado in Madrid.

Goyas Aufstieg zum ersten spanischen Hofmaler 1789 ist langwierig. Ausgebildet in Saragossa und Madrid und nach einem Studienaufenthalt 1769/71 in Rom wird er 1775 Entwurfsmaler für die königliche Tapisserien-Manufaktur in Madrid. Als Wandteppich-Designer schafft er seine ersten Genrebilder, Szenen des Alltagslebens. Die dabei gewonnenen Erfahrungen helfen Goya später, ein nüchterner Beobachter menschlichen Verhaltens zu werden.

Das Studium der Arbeiten von Velazquez in der Königlichen Sammlung ermunterte ihn zu einer lockeren, spontanen Maltechnik. Erste Erfolge stellten sich ein – er wurde zum Portraitmaler der spanischen Aristokratie. 1780 zum Mitglied der Königlichen Akademie von San Fernando ernannt, avancierte er sechs Jahre später zum

Maler des Königs und 1789 zum Hofmaler. Eine beginnende Taubheit beeinträchtigt Goya ab 1792. Durch dieses Leiden von anderen Menschen isoliert, überfallen ihn immer öfter Fantasien. Goya beginnt sich für die Schattenseiten der spanischen Gesellschaft zu interessieren. Es entstanden seine sogenannten „Schwarzen Bilder“ über Irrenanstalten und Siechenhäuser, wo Irre und Pestkranke langsam ihrem Tod entgegendämmerten. Nach dem spanischen Volksaufstand 1808 gegen die Willkürherrschaft des leitenden Ministers Godoy griff Napoleon I. militärisch rücksichtslos in die Wirren ein. Bis 1814 dauern die Kämpfe. In diesem Jahr kehrt Ferdinand VII. als absolutistisch herrschender spanischer König zurück. Die neue liberale spanische Verfassung von 1812 wird aufgehoben.

Goya schuf – sich mit den politischen und sozialen Umständen auseinandersetzend – die „Caprichos“ (Launen) und in den Jahren 1810–1814 die „Desastres de la Guerra“ (Schrecken des Krieges). Diese Bildserie wird erst lange nach Goyas Tod 1863 veröffentlicht.

Von 1819 bis 1824 lebt Goya zurückgezogen in einem Haus außerhalb von Madrid. Als der Versuch von 1824 scheitert, in Spanien wieder ein liberales Regierungssystem einzuführen, verlässt Goya das Land und geht nach Frankreich ins

Exil. Bis zu seinem Tod 1828 wird Bordeaux seine neue Heimat. Das ehemalige Haus von Goya in der Stadt ist heute im Eigentum von *Cervantes*, dem spanischen Kulturinstitut.

Als „Teufelsmaler“ beschrieb sich Goya einmal gegenüber einem Freund. Es war also nur eine Frage der Zeit, bis er sich im erzkatholischen Spanien entweder mit dem Königshof oder den Richtern der Inquisition anlegen würde. Solange er nur heitere Szenen der Hofgesellschaft abbildete und damit seinen Ruhm mehrte, ging alles gut, doch als Goya in späteren Jahren immer krassere Sittengemälde entwarf, in denen neben Kriegsszenarien auch Huren und Hexensabbate zu sehen waren, wuchs seine Angst vor politischer und religiöser Verfolgung durch die Heilige Inquisition.

Dabei tat Goya so ziemlich alles, um seine Klientel mit subtilem Pinselstrich zu provozieren: Er malte durch die Luft schwirrende Dämonen, einen Kirchenmann, der ungelenkt auf einem Seil balanciert, und er entlarvte Klerus und Adel in opulenten Tafeln mit dekadenten und divenhaften Darstellungen. „Goya, Albtraumwelt des Unbekannten, der Föten, die kochen, wo Hexen sich treffen; Alte vor Spiegeln, nackte Kinder, Mädchen, die für Teufel ihre Strümpfe glatt ziehen“, schrieb Baudelaire viele Jahrzehnte nach Goyas Tod im französischen Exil.

Fürwahr eine wunderbare Rückschau, die sich dem Besucher in der Alten Nationalgalerie eröffnet. Wer allerdings den Prado kennt, vermisst die weitläufigen Säle, die der Berliner Ausstellungsort nicht bietet, denn bei dem Besucherzulauf herrscht stets Gedränge.

Die am am 13. Juli eröffnete Ausstellung „Goya – Prophet der Moderne“ (Berlin, Alte Nationalgalerie, Museumsinsel) verzeichnete bereits nach dem ersten Wochenende einen großen Besucherandrang. Die durchschnittliche Wartezeit vor der Ausstellung beträgt derzeit eine Stunde. Die noch bis zum 3. Oktober zu sehende Schau hat deshalb ab 2. August erweiterte Öffnungszeiten: Di und Mi 9–18 Uhr, Do und Fr 9–22 Uhr, Sa und So 10–22 Uhr. Eintrittspreise 10 Euro, ermäßigt 5 Euro. Der reich bebilderte Ausstellungskatalog kostet in der Ausstellung 20,00 Euro.



LN. Zwei Juroren des Preis-Komitees des Europäischen Museumsforums (EMF), Dr. Michail Gnedowsky (Direktor des kulturpolitischen Institutes Moskau) und Jane Morris (Museumskritikerin, London) bewerteten während einer Visite die Qualität der aktiven Arbeit des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig, insbesondere der musealen Präsentation, des Dienstleistungsangebotes, des sozialen Engagements, der Bildungswärme und Organisation als Bestandteile des neuen Museumsleitbildes.

Die Ergebnisse dieser Prüfung sind entscheidender Bestandteil des harten Auswahlprozesses um eine der rund

Leipziger Museum – eines der besten Europas?

Das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig ist offizieller Kandidat für den Europäischen Museumspreis 2006

30 Nominierungen zum European Museum Of The Year Award (EMYA) 2006. Die endgültige Entscheidung über den Preisträger fällt jedoch erst Anfang Mai 2006 bei der EMYA-Konferenz in Lissabon.

Dieser Preis, für den sich die Leipziger im Mai dieses Jahres bewarben, wird seit 1977 jährlich durch das Europäische Museumsforum (EMF) e.V. mit Sitz in

wirklicht haben.

Erst zwei deutsche Museen, das städtische Museum Schloß Rheydt in Mönchengladbach (1978) und das Museum für Arbeit und Technik Mannheim (1992), besitzen diesen Preis. Das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig wäre der erste Träger dieser Auszeichnung in den neuen Bundesländern.

Großbritannien an innovative Museen verliehen, die entweder in den letzten zwei Jahren eröffnet wurden oder in dieser Zeit erfolgreich ein Programm zur Modernisierung, Extension oder Reorganisation ver-

Königin der Berge“ und „liebster Berg der Schweizer“ wird der Rigi (1797 m) genannt, von dem man einen herrlichen Rundblick auf Gebirgszüge und Seen hat. Doch das Bergmassiv hat es noch anderweitig in sich. In seiner Südwand befindet sich oberhalb des idyllischen Ortes Vitznau eine der noch bis in die neunziger Jahre hinein streng geheim gehaltenen zahlreichen ehemaligen Festungen der Schweizer Armee – die Artilleriewehr Mühlefluh. Heute kann man sie das ganze Jahr über besichtigen. Der So-

Von **MANFRED BOLS**

zialtrakt mit den Unterkünften, der Sanitär- und der Kücheneinrichtung für die Besatzung (120 Mann) wurde sogar zu einem Festungshotel umgeformt, in dem insbesondere Gruppen erlebnishungriger Abenteurer und Schulklassen in Militärschlafsäcken auf zweistöckigen Massenlagern (36 oder 24 Betten) übernachten und aus Kochgeschirren „Ghackets und Hörnli“ löffelnd, den Schauer des Bunkeraufenthaltes genießen können. Die Werbroschüre nennt das „Swiss Army Night“ und verspricht den Einblick in „packende Weltgeschichte“. Um auch den Frauen gerecht zu werden – ihnen war früher der Eintritt in die Festungskompanien verwehrt – wurde die nur dem Kommandanten zustehende Einzeltoilette zur Damentoilette umfunktioniert. Zum Zeitvertreib wird auch ein Armbrustschießen, genannt „Tells Apfelschuss“, auf 100er Scheibe, natürlich gegen Gebühr, organisiert.

Die Führung durch den zirka 550m langen Stollen mit den abzweigenden Anlagen (Kanonenstellungen, Munitionsbunker, Kraftwerk, Werkstätten usw.) besorgen demobilisierte Angehörige der Schweizer Armee. Unser Begleiter, ein älterer graubärtiger Milizsoldat, Sohn eines ehemaligen Wachmeisters der Bunkerbesatzung, trägt Tarnjacke und Feldmütze. Er spricht nach demokratischer Entscheidung der Gruppe („In der Schweiz wird über alles abgestimmt“) hochdeutsch, wobei er einen teilweise schnoddrigen, witzigen Militärjargon bevorzugt.

In der Kasematte ist es trotz einer Außentemperatur von plus 30° C kalt. Wer keinen Pullover dabei hat, erhält eine Schweizer Militärlinthe. Man fröstelt trotzdem, wenn man die Bedingungen sieht, unter denen hier die Soldaten ausharren mussten. In den beiden, mit je einer 10,5 cm Kanone ausgerüsteten Kampfständen war die Geschützbedienung z. B. gezwungen, während des Schießens Schutzmasken zu tragen, die mit Schläuchen an ein Atemluftsys-

tem angeschlossen waren. Grund dafür war die Tatsache, dass sich der Raum nach Feuerbeginn sofort mit Abschussgasen füllte. Zum Glück hat es nur einmal ein Übungsschießen gegeben und auch der 45 m tiefe Leichenschacht musste nie benutzt werden, denn Kampfhandlungen hat es nie gegeben. Die Schweiz wurde, wie bekannt, im 2. Weltkrieg von einer

Teil als Raubgold aus den besetzten Ländern stammte. Darüber hinaus war die Schweiz für Hitler wichtiges Zentrum diplomatischer und geheimdienstlicher Aktivitäten. Ursache für den Verzicht auf die Invasion durch die deutsche Wehrmacht waren zudem eine Reihe äußerer Gründe, die sich nicht im Einflussbereich der Schweiz befanden, wie ihre stra-

Grenze durch die kleine und ungenügend ausgerüstete Feldarmee nicht mehr gewährleistet werden konnte, entschloss man sich zur Preisgabe des Mittellandes, des Alpenvorlandes, der Städte und des Jura an den potentiellen Aggressor und zum Rückzug in ein „Reduit“ (Kernwerk) in die Alpen. Während deutschfreundliche Kräfte in der Armee die sogenannte Alpen-

tete den Bau neuer Befestigungswerke, Bunker usw. die sich dann nach ungefähr zwei Jahren im Norden und Süden wie ein nach außen gewölbter Halbkreis über die Alpen zogen. Ihr militärischer Nutzen ist bis heute umstritten. Die politisch-moralische Bedeutung für die Nation jedoch war bedeutend und wirkt, unterstützt von der Propaganda, bis in die Gegenwart.

Verlogene bewaffnete Neutralität

28 der Armeebunker sind inzwischen teilabgerüstet, wurden in der Regel an die Gemeinden verkauft und zur Besichtigung und touristischen Nutzung freigegeben.

In der Leitstelle der Festung erläutert unser Führer an einer Karte die damalige militärische Aufgabe. Die Artilleriekanonen (15 Schuss pro Minute, Reichweite 20 km) sollten bei einem Einmarsch der faschistischen Armee wichtige Zugänge, wie die Achse Luzern-Stans durch Artilleriefeuer sperren. Aus seinem Vortrag spricht ein gewisser Stolz auf die Leistung der Armee. Es wird der Eindruck erweckt, als ob sie durch ihre Bereitschaft zum Widerstand den Gegner abgeschreckt hat, einzumarschieren. In einem Aufenthaltsraum findet man Bilder und Bücher des heute als Nationalhelden und Retters der Schweiz geehrten Generals Guisan.

Die Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg ist weitgehend erforscht. Die Ergebnisse untermauern, dass die damals verkündete „bewaffnete Neutralität“ äußerst kritisch betrachtet werden muss. Die bereits genannten Lieferungen von Rüstungsgütern an Deutschland, der Kauf deutschen Raubgoldes gegen Devisen, die Duldung von Kriegsmaterialtransporten über die Transitstrecken, das Verhalten gegenüber den Juden u. v. a. m. charakterisieren eine zwiespältige Rolle der Schweiz und bestätigen die Erkenntnis, dass es die Schweizer Neutralität in Wirklichkeit nicht gab und nicht geben kann.

Der niederländische Historiker Hugo Grotius hat vor drei Jahrhunderten den moralischen Anspruch von Neutralität („neuter“ = keiner von beiden) mit den Worten definiert „nichts zu tun, was den stärkt, der im Unrecht ist und den behindert, der im Recht ist“. Genau das aber tat die Schweiz nicht. Obwohl von Deutschland auch ein enormer politischer und wirtschaftlicher Druck auf die Schweiz ausgeübt wurde, ist es wohl so, wie Jean Ziegler und Werner Rings, bedeutende Schweizer Publizisten, zum Ausdruck brachten, dass im Grunde genommen das Großbürgertum, Bankdirektoren und Konzernbosse den Schutz, den ihnen der deutsche „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ zu bieten versprach, mit Entgegenkommen honorierten.



Schweizer Mythos ALPENFESTUNG

In der Artillerie-Festung Vitznau am Vierwaldstätter See wird die Legende von der Abschreckungsleistung der Schweizer Armee im 2. Weltkrieg gepflegt

militärischen Invasion durch Hitlerdeutschland verschont.

Intakte Schweiz wertvoller für Nazideutschland

Ausschlaggebend dafür war, dass die Wirtschafts- und Finanzmacht Schweiz weitgehend in die deutsche Kriegswirtschaft integriert und für Deutschland als intakter Partner wichtiger war, als sie es in der Rolle des unterworfenen Satelliten gewesen wäre. Deutschland bezog aus der Schweiz während des Krieges Rüstungsgüter im Werte von mehr als einer Milliarde Schweizer Franken. Bezahlt wurden die Lieferungen durch Kredite der Schweizer Banken. Die Transitwege über die Alpen, insbesondere Gotthard und Simplon, wurden zum Transport von Kriegsmaterial nach Italien und zur Afrikafront genutzt. Drittens verkaufte die deutsche Reichsbank Gold im Werte von 1,2 Mrd. Schweizer Franken an die Schweiz, das zum größten

tegische Lage außerhalb der entscheidenden Kriegsschauplätze. Es bestand zwar ein Operationsplan mit dem Codenamen „Tannenbaum“ (1943 vom späteren Generalinspekteur der Bundeswehr Heusinger ausgearbeitet), der die Besetzung innerhalb von sechs Tagen vorsah, aber Hitler beabsichtigte den „Anschluss“ erst in der Zeit nach dem Endsieg. Man sprach vom „Wartegau Schweiz“. Auch in einem faschistischen Soldatenbonmot kommt das zum Ausdruck: „Die Schweiz, das stachelige Schwein, das nehmen wir auf dem Heimweg ein.“

Absurde Reduit-Konzeption

Zu Beginn des 2. Weltkrieges und auch noch nach dem Fall Frankreichs war die Bedrohung der Schweiz durch Hitlerdeutschland in maßgeblichen politischen und militärischen Kreisen der Schweiz stark umstritten. Da die Sicherung der inzwischen auf 1800 km Länge angewachsenen bedrohten

festung aber mehr als strategischen Ruhe- und Abwarteraum betrachteten, entschied der Oberkommandierende General Guisan nach anfänglichen beträchtlichen Schwankungen, dort einen Hort des Widerstandes zu errichten. Seine sogenannte Reduit-Konzeption setzte sich letztlich durch und wurde vor nunmehr genau 65 Jahren, am 25. Juli 1940, in einem spektakulären, fast operettenhaften Rapport auf der geschichtsträchtigen Rütliwiese (1291 Rütli Schwur – Gründung der Eidgenossenschaft) bekanntgegeben. Manche Historiker betrachten diesen Gesamtplan heute als Kapitulation und Maßnahme zum Selbstschutz der Armee.

Ausgangspunkt war die Überlegung, dass insbesondere die Alpenübergänge der Schweiz das strategische Ziel eines Angriffs wären. Diese müssten deshalb durch Konzentration der Kräfte verteidigt, notfalls zerstört und damit der „Eintrittspreis“ möglichst hochgeschraubt werden. Ein Teil des Vorhabens beinhal-

Die zurückliegende Opernzeit darf nicht nur als die dürftigste während der vier Intendanten-Jahre Henri Maiers, sondern der sechs Jahrzehnte seit dem Neubeginn 1945 bezeichnet werden. Dabei fing die Saison mit einer Inszenierung des Ernst genommenen Lehárschen „Land des Lächelns“ in der Musikalischen Komödie gar nicht übel an. Doch schon die Neuinszenierung der Mozartschen „Zauberflöte“ setzte Fragezeichen. Die aufwändigen Bühnenbilder Ya-

Talfahrt mit des Norwegers Stein Winge Inszenierung des Beethovenschen „Fidelio“ betrüblich weiter. Das ist umso bedauerlicher, weil die musikalische Gestaltung Herbert Blomstedts zu den Höhepunkten der Spielzeit zählt. Offensichtlich hatte sich der

nen Aufregungen und Roland Seyffarth sorgte mit Solisten, Chor und Orchester der Musikalische Komödie für musikalische Qualität.

Die Inszenierung der Oper des jüngsten Bach-Sohnes während des Bachfestes zählte zu den Lichtblicken der Saison. Sie

wiegend eigenen Sängern (einige Leipziger waren ja diesmal schon dabei) auf seine Bühne zaubern kann?

Zu guter Letzt überraschte die Opernleitung mit der seltsam anmutenden Erklärung, dass Giacomo Meyerbeers frühe italienische Oper „Margherita

„Sabbathjahr“ und dann durch den Tod des Ballettchefs entstanden, mußte die Intendanz überraschend schnell zu lösen. An Stelle des von Uwe Scholz im Jahresprogrammheft angekündigten „Feuerzauber oder der Knecht der Dinge“ studierte Adrienne Matheson die Choreographie des Balletts „La Sylphide“ von Peter Schaufuss ein. Und für Mario Schröders „The Wall“ wurde zur Würdigung des Verstorbenen eine Uwe-Scholz-Gala ins Programm aufgenommen. Die beweist, wie die im Repertoire stehenden Uwe-Scholz-Choreografien, das hohe Niveau, zu dem der Künstler das Leipziger Ballett geführt hat.

Wie seit seinem Amtsantritt lenkte Henri Maier nun auch auf der Jahres-Pressekonferenz (siehe LN 6. Mai 2005) alle musikalischen Hoffnungen auf Riccardo Chailly als neuen Chefdirigenten. Der wird im November mit seiner Einstudierung der Verdi-Oper „Ein Maskenball“ mit Gästen in den Hauptpartien, Leipziger Solisten, dem Opernchor und dem Gewandhausorchester fraglos neuen Glanz ins Haus bringen. Eine andere Frage ist, wie er mit dieser einen Einstudierung, für die nur acht Aufführungen bis Anfang Dezember vorgesehen sind, das Niveau der Oper insgesamt prägen will, wenn selbst für den nun wirklich zu den sogenannten „Chefopern“ gehörenden Wagnerschen „Parsifal“ wieder ein Gastdirigent vorgesehen ist. Chailly steht jedenfalls als Opernchefdirigent vor keiner leichten Aufgabe, den derzeitigen Gemischtwarenladen Henri Maiers in ein profiliertes Opernhaus zu verwandeln.

Von **WERNER WOLF**

Riccardo Chailly als Chefdirigent vor einer schwierigen Aufgabe

degar Asisis lösten viel Zustimmung aus. Aber was innerhalb dieser kunstvoll gestalteten Bühnenbilder in der Regie Ralf Nürnbergers geschieht, drängt zu der Frage, warum die entschieden geistvollere Inszenierung Günter Lohses zugunsten einer routinetauglichen, belanglosen, albern und geschmacklosen (Feuerprobe) verschwinden musste.

Nach der Uraufführung des handfesten, aber nicht erheblichen Musicals „Heidi“ ging die szenische

Dirigent mit den Absichten Winges zu spät vertraut gemacht, sonst hätte er die Reinigungsbrigade während des wundervollen Quartetts schon vor der Premiere von der Bühne verbannt. Mit den für Leonore ausgedachten szenischen Geschmacklosigkeiten dürfte er noch weniger einverstanden sein.

Zwischen Beethovens „Fidelio“ und Johann Christian Bachs „Temistocle“ führte die Regie-sicht Karl Absengers in Carl Zellers „Vogelhändler“ zu kei-

weckte das Interesse nicht nur der Festbesucher, sondern vieler spezieller Opernfreunde. Doch weil da – wie bei früheren Opernaufführungen zum Bachfest – wieder nur ein Gastorchester mit historischem Instrumentarium geholt wurde, war nach drei Aufführungen Schluss. Ob die Oper Leipzig bei entsprechender Planung solche Beiträge zum Bachfest nicht doch auch mit dem Leipziger Barockorchester (oder gar mit Barockinstrumente spielenden Gewandhausmusikern) und vor-

d'Anjou“ wegen Erkrankung von Sängern nur konzertant geboten werden kann. Hatten sich bei den Proben der Regisseurin Katja Czelnik die Sänger so arg verletzt, dass der Probenbetrieb eingestellt werden musste? Denn die gesanglichen Leistungen waren ja insgesamt beachtlich und bewegungsbehindert wirkte auch keiner der Sänger.

Die Probleme, die zunächst durch das von Uwe Scholz erbetene



Links: Opernballett in „Land des Lächelns“
Rechts: Gabriele Fontana (Leonore) und Thomas Piffka (Florestan)

Ab sofort gibt es im Kino den – wie die Macher behaupten – Film für das „Neue Deutschland“. Um Irrtümern vorzubeugen: Keine Redaktionsgeschichten aus dem Alltag der weithin bekannten sozialistischen Tageszeitung gleichen Namens werden da bebildert. Trotz alledem stehen

Von **MICHAEL ZOCK**

aber Weltverbesserungsmaßnahmen an, um den Filmtitel exakt zu benennen.

Buch, Regie und Idee stammen von Jörn Hintzer (Jahrgang 1966) und Jakob Hüfner (Jahrgang 1971). Die 90 Minuten, durchweg von jüngeren Leuten zu verantworten, empfand ich als äußerst vergnüglich und nachdenklich zugleich. Mal aus der beliebten Fernsehtribe „Verstehen sie Spaß?“ abge-

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Sorbischer Euro

schrieben. Mal in der Lebensabteilung „Verstehen sie Ernst?“ diskutiert.

Sollte man irgendwann in 50 Jahren, diesen Film aus den Archiven kramen, er würde viel über die Verrücktheiten und Absurditäten unseres heutigen Alltags aber auch über Momente der Verzweiflung erzählen.

Geld regiert die Welt! Nur: Wir geben es – wie die Wirtschaftsweisen behaupten – derzeit viel zu zögerlich aus. Es sei denn, im Portmonee stecken die neuen sorbischen Euro. Die haben die stimulierende Eigenschaft in wenigen Wochen zu verfallen und sich in Luft aufzulösen. Re-

gen somit zum rascheren Geldausgeben an. Wie würde die Binnennachfrage mit dieser Währung steigen! In der frisch gegründeten „Aktiven Krankenversicherung (AKV)“ – einem weiteren Filmvorschlag – übernehmen die Patienten gleich selbst ärztliche Belange, um endlich die vielzitierten Lohnnebenkosten zu senken. Also, das Anleitungsvideo in den Recorder und dann den Sohnemann bitte selbst operieren. Ob die Filmfamilie sich das traut? Wunderbar auch die Idee „Demokratie zum Anfassen“. Alle Menschen kommen durch unterschiedlich gefertigte Absätze

endlich auf die gleiche Augenhöhe von exakt 1,90 m. Nichts mehr mit so genannten großen und kleinen Leuten oder dem viel zitierten Littleman-Syndrom. Wie groß oder besser lang ist doch gleich unser derzeitiger Kanzler?

Deutschland hat – wenn die Statistik nicht gefälscht ist – vier Millionen Einzelkinder. Der durch die Arbeitsagentur schwer vermittelbare 35jährige Martin B. wird mit Erfolg in einer weiteren Episode zum Leihbruder umgeschult. Nach bestandener Prüfung und als Jahrgangsbester beginnt er nun ein brüderliches Arbeitsverhältnis in der Familie des fünfjährigen Jonas. Übrigens: Kennen Sie schon das neue Gesetz, dass Autos demnächst nach Farben geparkt werden müssen, um das Stadtbild zu verschönern?

„Wir brauchen mehr Spinner, die sich trauen, einer fixen Idee zu folgen, selbst wenn sie völlig unsinnig erscheint“ so das Cre-

do der beiden Filmemacher. Diese auf den ersten Blick unsinnigen Weltverbesserungsmaßnahmen bieten aber wahrhaft blöden Sinn! Die witzigen Dialoge entstanden meist während der Proben und beim Drehen. Eine Methode, die schon die DEFA in den frühen 60-er Jahren(!) in ihrem Gegenwartsfilm „... und deine Liebe auch“ erfolgreich getestet hatte. Das nur mal zur Erinnerung. Da derzeit Denken über ein neues Deutschland überall angesagt ist, kommen mir die insgesamt acht Episoden als Ablenkung aus dem Politalk gerade recht. Wobei ich nicht unter-schlagen möchte, dass der junge Leipziger Schauspielabsolvent Thomas Schmieder in der Episode „Sorbischer Euro“ unbedingt auf der Habenseite zu verbuchen ist.

Noch ein letztes Filmzitat: „Wer nur seine Welt verbessert, stellt die nächste Generation vor unlösliche Probleme“.

Wie aus einem Füllhorn strömen die Informationen, nimmt man das stattliche Buch mit dem um 1868 angelegten Fotoalbum von Laura Marx und den von ihrer älteren Schwester Jenny zusammengetragenen Band der „Bekanntnisse“ zur Hand. In Faksimiles und buchstabengenaue Entzifferung – ergänzt durch aufwendige biographische Recherchen – werden 42 Fotos von Angehörigen und Freunden der Marx-Familie aus zwei Jahrzehnten (bis 1883) vorgestellt: Porträts von Karl und Jenny Marx, den Töchtern Jenny, Laura und Eleanor, von Charles Longuet (Jennys Ehemann), Paul Lafargue (Lauras Ehemann) und von „Schnappy“, dem einjährigen Lafargue-Kind Charles Étienne. Zu finden sind Marx' Schwester Louise und ihr Mann Jan Carel Juta (der in Kapstadt ein heute noch existierendes Verlagshaus gründete) sowie Marx' Onkel Lion Philips, dessen Nachkomme den Grundstein des Philips-Weltkonzerns legte. Neben Friedrich Engels erscheint „Pumps“ Mary Ellen Burns, die Nichte von Lizzy Burns, der – bezeichnenderweise nicht im Bilde vertretenen – Lebensgefährtin von Engels (die er auf dem Sterbebett heiratete). Was heute als selbstverständlich erscheint, war damals, als sich die Fotografie in ihren Anfängen befand, eine rare Ausnahme. Viele Fotos sind es nicht, die von Marx und seiner Familie überliefert sind, was zu Fehldeutungen verlockte, die durch gründliche Nachforschungen nach und nach eliminiert werden konnten. Ein schmerzhafter Prozess, wenn Fotos etwa von Jenny

Die Marx-Familie:

Neu bewertete Fotos und atemberaubende Bekenntnisse

Marx (sowohl Mutter als auch Tochter) als unecht auszusondern waren! Helen Demuth, die langjährige Haushälterin von Marx und später von Engels, wird wohl für immer gesichtslos bleiben: Die ihr bislang zugeschriebenen zwei Fotos stellen Mary Ellen Burns dar.

Aufschlussreich sind die von Jenny Marx (Tochter) gesammelten „Bekanntnisse“, die einen Band mit zusammen 86 Fragebögen und Autografen (u. a. von Georg Werth, Ferdinand Freiligrath, Heinrich Heine) füllten. In seinem einführenden Essay „Sammelleidenschaft und spielerische Neugier. Eine welt-offene Familie“ analysiert Iring Fetscher diese Selbsteinschätzungen als psychologischen Zugang zum Persönlichkeitsbild nicht nur von Karl Marx („Nichts Menschliches ist mir fremd“) und der engeren Familie, sondern auch des Freundes- und Bekanntenkreises, der von Pariser Kommunisten bis zu Mitschülerinnen der Marx-Töchter reichte. Bis auf wenige Ausnahmen erstmalig veröffentlicht, sind diese „Bekanntnisse“ eine geradezu atemberaubende Lektüre.

Nicht minder spannend, wenn gleich auf anderer Ebene, ist die Edition selbst, die zunächst den Reprint bietet, eine „Einfüh-

rung“ (zur Historie des jeweiligen Albums) folgen lässt und in einer kommentierten Entzifferung der Einzelstücke mündet. Die vielen, so ganz unterschiedlichen Mosaiksteine öffnen auf ungewohnte Art einen tiefen Einblick in die innerste Sphäre der Marx-Familie und ihres Kreises, ergeben, wenn man so will, wichtige Konturen einer Art Kollektiv-Biographie. Welches Spannungsfeld sich aufbaut, lassen z. B. die beiden letzten Eintragungen errahnen. „Zur Erinnerung an den alten Librarian, der der alte bleiben, und sein schwarzäugiges Jenny'chen nie vergessen wird“, warf der 36-jährige Wilhelm Liebknecht am 20. August 1862, 6 Uhr früh aufs Papier, als er vom Hause Marx aus nach 12-jährigem Exil zur Überfahrt in die Heimat aufbrach. Ebenfalls im August 1862 beendete Ferdinand seinen fast einmonatigen London-Besuch, der der Weltausstellung und besonders Marx galt. Er zitierte den Chor von Sophokles' „Antigone“: „Wild tritt des wilden Vaters Art am Kind hervor / Dem Missgeschick zu weichen hat sie nicht gelernt.“

Abgerundet wird der Band durch ein Resümee der Überlieferungsgeschichte der beiden edierten Alben, die vor rund einem halben Jahrhundert von einem Marx-



Urenkel dem Russländischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte übergeben wurden. Dies ist verbunden mit einer instruktiven Übersicht über den Marx-Engels-Nachlass, dessen abenteuerliche Überlieferungsgeschichte und die dramatische Historie des Moskauer Archivs sowie grafische Darstellungen der Genealogien der Familien Marx, Longuet, Schmalhausen, Juta und Philips. Ein weiterführendes Literaturverzeichnis sowie ein Namensregister und einschlägige Internet-Links beschließen den Band.

Übrigens erscheint die internationale Herausgeberschaft – zwei Japaner, ein Russe, ein Deutscher – als ein spezifisches Marx-Signum: Wie namentlich

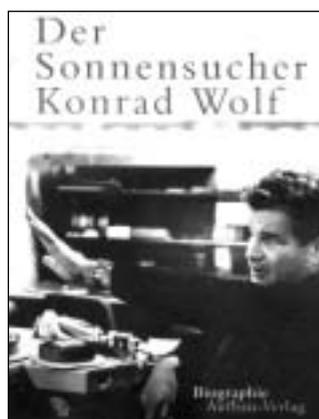
auch die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) ausweist, arbeitet man weltweit intensiv an der Sicherung und Erschließung des Marx-Erbes. Etwas zum Nachdenken für diverse Provinz-Politiker und selbstgefällige Marx-Überwinder.

• WOLFGANG SCHRÖDER

Familie Marx privat. Die Foto- und Fragebogen-Alben von Marx' Töchtern Laura und Jenny, Eine kommentierte Faksimile-Edition, hrsg. von Izumi Omura, Valerij Fomichev, Rolf Heckert und Shun-ichi Kubo, mit einem Essay von Iring Fetscher, Akademie-Verlag Berlin 2005, 458 S., 69,80 Euro

Solo Konrad

Mitunter kehren sich die Familienverhältnisse um. So heißt es heute nicht: Konrad Wolf ist der Sohn von Friedrich Wolf. Sondern eher: Friedrich Wolf, ist das nicht der Vater des bekannten Regisseurs Konrad Wolf? Dessen vielfältige Gedanken, nagende Zweifel, bohrende Fragen wurden schon vor etlichen Jahren in den DDR-Editionen „Konrad Wolf im Dialog“ (1985 bei Dietz) sowie in dem Bildband „Konrad Wolf – Selbstzeugnisse, Fotos, Dokumente“ (1985 bei Henschel) in hoher Auflage zur Diskussion gestellt. Wer diese Lektüre kennt, ist trotzdem gut beraten, die jetzt erschiene Biografie „Der Sonnensucher“ nicht zu übersehen. Sie nimmt – dem Filmkundigen sei es gesagt – bereits im Titel Anleihe bei einer der schwersten künstlerischen Krisen des jungen Regisseurs, als im Jahr 1959 seine Arbeit „Sonnensucher“ verboten wurde. Schon in diesem frühen Beispiel zeigen sich verhängnisvolle Wirkungen, wenn weltpolitische Strategien und Landeskultur brutal zusammentreffen. Da platzt ein streitbarer Film über die Wismut-Region



in die weltweit geführte Atomwaffendiskussion und wird auf Bitten der DDR-Regierung durch „den Regisseur und sein Schöpferkollektiv zurückgezogen.“ So die offizielle Lesart.

Die beiden Publizisten Wolfgang Jacobsen und Rolf Aurich ziehen nicht nur um diese spannende Problematik einen weiten kulturpolitischen Kreis und sparen dabei – dankenswerterweise – auch die frühe Rolle des jüdischen Vaters, Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolf („Kunst ist Waffe“) nicht aus. Verschlungene Lebensbahnen sind aufzuspüren: Der 1925 geborene Konrad emigriert unter Hitler mit der Familie in die UdSSR. Ist später ein nach

Deutschland heimkehrender Soldat der Roten Armee. Jahre danach zweifelnder mehrfacher Ehemann und Vater. Deutsch-deutscher Kulturpolitiker und langjähriger Präsident der Akademie der Künste auch in streitbaren Biermann-Zeiten. Erfolgreicher und festivalerprobter DEFA-Regisseur. Stirbt schließlich früh 1982 im Krankenhaus Berlin-Buch. Da lag sein letzter, sehr erfolgreicher Gegenwartsfilm „Solo Sunny“ drei Jahre zurück. Der langerwartete Mehrteiler „Busch singt“ war noch nicht beendet. Wie hätte er wohl das Ende der DDR und der UdSSR reflektiert?

Er verstand sein Leben „als Auftrag“, war glücklich „wenn andere Menschen glücklich sind.“ Auf der letzten Seite der Edition nachdenkliche Sätze über den „Sonnensucher“: Konrad Wolfs Leben in der DDR war der ständige Versuch, sich umzuorientieren. Der vergebliche Versuch (da in jungen Jahren stark russisch und sowjetisch geprägt) eine Heimat zu finden.

• MICHAEL ZOCK

Wolfgang Jacobsen/Rolf Aurich. Der Sonnensucher Konrad Wolf. Aufbau Verlag 2005. 589 Seiten, 24,90 Euro

Wirken für eine Welt ohne Krieg und Faschismus

Der Name Artur Beckers, der mit 33 Jahren in Spanien ein Opfer des Kampfes gegen den Faschismus wurde, prägte einst die Medaille der höchsten Auszeichnung der FDJ und ist den meisten „gelernten DDR-Bürgern“ nicht fremd. Anders in den alten Bundesländern. Selbst in Remscheid, im Zentrum des Bergischen Landes, wo Artur Becker am 12. Mai 1905 geboren wurde, ist sein Name weitgehend unbekannt. In keinem der gängigen biographischen Lexika zur NS-Zeit und zum antifaschistischen Widerstand ist heute sein Name zu finden.

Der Rostocker Historiker Karl Heinz Jahnke wendet sich mit seiner Schrift gegen dieses Vergessen. Er zeichnet auf Anregung einiger Remscheider Bürger die Lebensstationen Artur Beckers anlässlich dessen 100. Geburtstag nach. Von Remscheid verließen sie über Düsseldorf, Moskau, Berlin und Paris bis in die Reihen der XI. Internationalen Brigade im Krieg gegen die faschistischen

Franco-Putschisten in Spanien. Am 1. April 1932 verwundet in deren Hände geraten, kam er wahrscheinlich am 16. Mai 1938 in Burgos um.

Artur Becker wirkte für ein Welt ohne Krieg und Faschismus unter anderem im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, dessen Vorsitzender der damals jüngste Abgeordnete des Deutschen Reichstages (1931) war. Als Sekretär des Weltjugendkomitees gegen Krieg und Faschismus in Paris war er um das gemeinsame Handeln der verschiedenen antifaschistischen Kräfte bemüht.

Jahnke, der auch bisher Unbekanntes vermittelt, lässt die Wirrnisse innerhalb der KPD in diesen Jahren nicht unbeachtet.

• SIEGFRIED SCHOLZE

Karl Heinz Jahnke: Für eine Welt ohne Krieg und Faschismus. Lebensstationen. Artur Becker 1905 – 1938. Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt/M. 2005, 120 S., 12,90 Euro

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren

Beginn der
Bildungsreform
in Sachsen

Am 3. August 1945 hatte die Provinzialverwaltung Sachsen – in Übereinstimmung mit der Sowjetischen Militärverwaltung – den Schulbeginn auf den 1. Oktober 1945 festgelegt. Bis zum 10. August waren dafür allerorts die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen. Gebäude, die bisher schulfremden Zwecken dienten, waren zu räumen, für zerstörte Schulgebäude andere geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Die Schulräume waren instandzusetzen und mit dem nötigen Inventar auszustatten. Faschistisch belastete Lehrer und Beamte der Schulbehörden waren unverzüglich zu entlassen und den Arbeitämtern zu melden. Alle Lehrer, die von den faschistischen Organen aus dem Amt gebracht wurden, waren sofort in den Schuldienst zu übernehmen und bei fachlicher Eignung in leitende Stellen zu bringen. Betont wurde, dass der Lehrkörper aus solchen Lehrern bestehen muss, die nicht nazistisch eingestellt und bereit sind, die Schule im demokratischen Sinne neu zu errichten.

Lehrpläne und Schulbücher aus der Nazizeit waren zu vernichten. Ausnahmen bedurften der ausdrücklichen Genehmigung der Provinzialverwaltung. Als Ersatz durften vorläufig Unterrichtsbücher aus der Zeit vor 1933 verwendet werden, sofern Artikel militaristischer Tendenz beseitigt waren. Ebenso galt es, sämtliche Lehrer- und Schulbüchereien von nazistischer und militaristischer Literatur zu säubern. Bilder von Heerführern und Personen des Naziregimes waren zu zerstören.

Die Bezirkspräsidenten, die Landräte und Oberbürgermeister wurden verpflichtet sofort Ämter für Volksbildung einzurichten. Deren Mitarbeiter durften nicht Mitglied der NSDAP, ihrer politischen Organisationen sowie einer militaristischen Vereinigung gewesen sein. Die Leiter der Ämter für Volksbildung waren durch die Bezirksverwaltungen vorzuschlagen und bedurften der Bestätigung durch den Präsidenten der Provinzialverwaltung. Für die Höheren Schulen galten sinngemäß die gleichen Richtlinien wie für die Volks- und Mittelschulen.

Es war das Ziel, das Bildungswesen vom faschistischen und militaristischen Ungeist zu säubern und eine neue antifaschistisch-demokratische Schule zu schaffen. Hierfür galt es, „die großen Söhne des deutschen Volkes: Goethe und Schiller, Lessing und Heine, Liebknecht und Thälmann wieder ins Leben zu rufen“.

• KURT SCHNEIDER

Neues über Thomas Mann

Zu seinem 50. Todestag

Neben neuen Büchern über Thomas Mann, die in diesem Jahr zu der bereits Tausende von Bänden umfassenden Sekundärliteratur hinzukommen, ist dem 50. Todestag (12. August) auch eine bemerkenswerte Ausstellung in seiner Geburtsstadt Lübeck zu verdanken. Das dortige Heinrich-und-Thomas-Mann-Zentrum hat sie unter den Titel gestellt „Das zweite Leben. Thomas Mann 1955–2005“. Ganz und gar nicht museal angelegt, sondern vor allem Ton- und Videodokumente nutzend, bietet sie dem Besucher die Möglichkeit, sich zu verschiedenen Komplexen des Nachlebens von Thomas Mann bis hin zu den Verfilmungen seiner Werke aus erster Hand zu informieren. Bei ihrer Vorbereitungsarbeit sahen sich die Ausstellungsmacher mit der Chance und der Verpflichtung konfrontiert, im staatlich wiedervereinigten Deutschland von heute zwei Wirkungsgeschichten Thomas Manns zusammenzuführen.

„Die unterschiedliche Vereinahmung des politischen Autors in Ost und West weicht dem gemeinsamen Blick auf den Schriftsteller als Repräsentanten deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt“ – umschreiben sie diese Zielstellung in einem Informationspapier. Um dies zu erreichen, führen sie Zeugnisse für die Haltung zu Thomas Mann in der DDR und in der Bundesrepublik parallel und jeweils ungekürzt vor. So ist beispielsweise neben einem Nachruf Albrecht Goes' von 1955 die Gedenkrede von Lothar Bolz zu hören, ein Porträt-Film des DDR-Fernsehens zum 100. Geburtstag 1975 ist ebenso in voller Länge zu betrachten wie eine im selben Jahr bei der ARD aufgezeichnete Fernsehdiskussion zum Thema „Thomas Mann als politischer Schriftsteller“. Unter nach 1955 veröffentlichten Thomas-Mann-Studien, die der Besucher in die Hand nehmen kann, findet man selbstverständlich auch die der Berliner Germanistin Inge Diersen. Projizierte Zeitungsausschnitte zeigen sowohl das „Unbehagen am Politischen Thomas Mann im Westen“, dem man vor allem seine Auftritte im anderen Deutschland 1949 und 1955 verübelt hat, als auch einseitige Versuche „zur politischen Instrumentalisierung Thomas Manns in der Presse der DDR“ wie die gängige Benutzung der aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang bei Thomas Mann herausgelösten Formel vom Antikommunismus als Grundtorheit unserer Epoche.

Dem Betrachter werden keine fertigen Wertungen aufgeprägt, er wird vielmehr ange-regt, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Wenn er dann weiter sucht und denkt, wird er fest-

stellen, dass Thomas Manns politische Überlegungen ebenso hilfreich für das Verständnis der deutschen Nachkriegsgeschichte sein können, wie sie andererseits auch Elemente enthalten, die von überraschender Aktualität sind.

Auf einige in diesem Zusammenhang besonders interessante Zeugnisse macht ebenfalls – wenn auch eher am Rande – das neue Buch von Rüdiger Görner *Thomas Mann. Der Zauberer des Letzten* aufmerksam.

Im Kapitel über die Tagebücher aus der Nachkriegszeit, die „sich phasenweise wie die

tilgte und unnötiges, von Gott nicht gewolltes, sondern nur vom Menschen verschuldetes Leiden aus der Welt schaffte. Es wäre der humanistische Kommunismus, der dem inhumanen den Rang abliefe; und erst wenn Russland eine solche Weltplanung, die Vorbereitung zu einer Gesetz- und Friedensschützenden Weltregierung verschmähte und sich in nationalem Eigensinn davon ausschloß, erst dann und nur dann wäre bewiesen, was man sehr voreilig als bewiesen ausgibt, dass Russland den Frieden nicht will.“

Mit Recht betont Rüdiger Görner, dass eine solche Utopie „bis heute nichts von ihrer Be-



Bekenntnisse eines Hochpolitischen“ lesen, ist ein Abschnitt „Ärgernis Amerika“ überschrieben. Was Thomas Mann am Amerika Trumans kritisiert hat – die Tendenz, im Inneren Freiheitsrechte im Namen der Verteidigung der Freiheit mehr und mehr einzuschränken, und eine Außenpolitik mit zweierlei Maß je nach strategischem Interesse – trifft im Kern erst recht auf das heutige von Präsident Bush zu. Thomas Manns politische Utopie einer „Synthese von Freiheit und Sozialismus“, die er ansatzweise im „New Deal“ Roosevelts verwirklicht gesehen hatte, zielte dagegen auf eine humane „neue Weltordnung“. In einer Rede an der Universität Chicago hat er diese 1950 genauer definiert, indem er Amerika aufforderte, die Initiative zu ergreifen „zu einer universellen Friedenskonferenz, auf der nicht nur dem verderblichen Wettstreit ein Ende gemacht, sondern [...] der Plan entworfen werden sollte zu einer umfassenden Finanzierung des Friedens, zu einer Konsolidierung aller ökonomischen Kräfte der Völker im Dienst gemeinsamer Verwaltung der Erde und einer Verteilung ihrer Güter, welche schmähliche Armut und Hungersnot von ihrem Angesicht

deutung eingebüßt“ habe. Überraschenderweise verliert er diesen Zusammenhang aber aus dem Blick, wenn er auf die Haltung Thomas Manns zur DDR und die von Vertretern der DDR zu Thomas Mann zu sprechen kommt.

Da ist es dann einfach „Ironie des Schicksals“, dass die im Entstehen begriffene DDR „den Zauberer im Goethe-Jahr 1949 erfolgreich mit Beschlag belegte“, dass der „sich formierende SED-Staat“ ihn „für seine Sache einzuspannen versuchte“. Dass es Johannes R. Becher, der hier als „Kulturapostel der ersten Stunde“ apostrophiert wird, seinerseits ähnlich wie Thomas Mann um eine Synthese, nämlich um die zwischen einer neuen sozialen Ordnung und der bürgerlich-humanistischen Kulturtradition, gegangen sein könnte, kommt dem Autor nicht in den Sinn. Überhaupt fehlt seinem Buch in dieser Hinsicht der historisch objektivierende Ansatz, der die Lübecker Ausstellung kennzeichnet. So wird zwar eingeräumt, „Ostberlin“ habe „immerhin“ zum „achtzigsten Geburtstag Thomas Manns mit einer von Hans Mayer verantworteten und von Verleger Walter Janka (Aufbau-Verlag) durchgesetzten ersten Nachkriegs-Gesamtausgabe“ aufge-

wartet, sonst aber ignoriert, was es in der DDR an wissenschaftlichen Bemühungen um Werk und Dichter gegeben hat. Schlimmer noch ist es, wenn an einer Stelle von „biographisch operierenden Interpretationen seines Werkes – vom Schläge eines Hans Mayer, den Adorno geringschätzte“, die Rede ist, und dem Leser keine Möglichkeit geboten wird, diese Unterstellung zu überprüfen. Denn das sehr umfangreiche Literaturverzeichnis nennt nicht einmal das 1980 bei Suhrkamp erschienene und als Paperback mehrfach aufgelegte Thomas-Mann-Buch Mayers, in dem die Studie von 1950 *Thomas Mann. Werk und Entwicklung* durch zwei spätere Arbeiten ergänzt worden ist.

Es ist hier weder möglich noch notwendig, die Stellung des Buches von Görner innerhalb der neueren Thomas-Mann-Forschung zu erörtern. Wichtiger scheint mir die Frage, inwieweit es dem interessierten Leser des großen Prosaisten Anregungen zu geben vermag. Betrachtet werden Leben und Werk Thomas Manns unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkt, dem Motiv des Spät- und Endzeitbewusstseins, der Empfindsamkeit für Verfallsphänomene und dem ästhetischen Selbstverständnis des Schriftstellers mit seinem Werk einer langen Traditionskette ein letztes Glied hinzugefügt zu haben.

Diesem Untersuchungsansatz entsprechend, werden die einzelnen Werke nicht umfassend interpretiert. So beziehen sich etwa die Überlegungen zu den *Buddenbrooks* vorrangig auf einen kleinen Ausschnitt aus der epischen Totalität des Romans, auf Thomas Buddenbrocks Schopenhauer-Erlebnis. Als eine Einführung in das Werk des Dichters lässt sich das Buch also kaum verwenden. Wohl aber regt es an manchen Stellen den bereits erfahrenen Leser an, über Zusammenhänge nachzudenken, die ihm vielleicht bisher verborgen geblieben waren. Dies gilt besonders für die Beziehungen Thomas Manns zur Musik und hierbei wieder speziell für sein Verhältnis zu Richard Strauss.

Görner arbeitet überzeugend eine ästhetische Parallele zwischen beiden heraus, indem er das ihnen gemeinsame Bewusstsein verweist, „die eigentlichen Vollstrecker des Testaments klassisch-romantischer Kunsttradition“ zu sein. Nur war Strauss eben nicht „ein Ästhet, aber mit politischem Gewissen“, wie er Thomas Mann an anderer Stelle zu Recht in dessen Wahlverwandtschaft mit Turgenjew charakterisiert.

• KLAUS PEZOLD

Rüdiger Görner: *Thomas Mann. Der Zauberer des Letzten*. Patmos Verlag / Artemis & Winkler, Düsseldorf und Zürich 2005. 340 Seiten, 24,90 Euro



Von
**KLAUS
HUHN**

Ich bringe kaum den Mut auf, meine Frage öffentlich zu stellen: Wie ließe sich erklären, dass in einer Zeit, die der Ex-Bundeswehrgeneral Schönbohm eben als durch die DDR „verproletarisiert“ deklariert hat, ausgerechnet der Pferdesport, also eine

ganz am Rande auch, um der Legende von den generell pferdesportfeindlichen „Bolschewisten“ entgegenzuwirken, denn dass die die Jahrzehnte überlebt hatte, war besonders deutlich geworden in Hoppegarten, dem Berliner Vorort im Schönbohm-Land.

Hoppegarten verweist gern auf seine Geschichte. Am 17. Mai 1868 war die Bahn in Anwesenheit des preußischen Königs und Bismarcks eröffnet worden. Sie wurde bald die größte in Deutschland: 780 Hektar, fünf Bahnen mit alles in allem 45 km Lauffläche, dazu lange Reihen von Ställen, in denen oft die berühmtesten deutschen Pferde standen.

1945 ging die Bahn in Volkseigentum über, der feudale Union-Klub beklag-

Sportkolumne

Vom Scheibenhholz nach Hoppegarten

Paradesportart der Bourgeoisie, florierte, während er nun offensichtlich dem Untergang entgegenrückt? Und das ausgerechnet auf einem von Schönbohm regierten Terrain?

Der Reihe nach. Demzufolge also zunächst Leipzig und das traditionsreiche Scheibenhholz. In einer Chronik des „Leipziger Reit- und Rennverein Scheibenhholz e.V.“ las ich über die Zeit, in der sowjetische Truppen die Messestadt und ihre Umgebung 1945 besetzten, dass Pferdesportfans der Zukunft höchst skeptisch entgegensehen: „Die Bevölkerung sah dies mit sehr gemischten Gefühlen, hatte doch die jahrelange Propaganda vom Bolschewismus ihren Nährboden bei vielen Menschen gefunden.“

(Hier wäre einzufügen: Gilt auch für die Gegenwart. Siehe: Schönbohm.)

„Um so erfreulicher war es, im Stadtkommandanten Trufanow einen Pferdeliebhaber zu entdecken, der sich für das Geschehen auf der Leipziger Rennbahn interessierte. Am 12. August 1945 war es so weit: Nur drei Monate nach Kriegsende hob der Starter seine Flagge zum ersten Rennen. Und das Schönste: Auch der Totalisator war geöffnet und man konnte endlich wieder seiner Wettleidenschaft nachgehen.“ Die Chronik schloss: „Nun ist Leipzig nach einer ernsten und schweren Krise erneut angetreten, Galoppgeschichte zu schreiben. Der 1. Mai 2005 mit über 14 000 Besuchern war ein deutliches Signal.“ Und nun soll das nächste folgen: Am 13. August steigt der große Jubiläumsrenntag. Ich gestehe: Ich habe nicht allzu viel Ahnung vom Pferdesport, vermute aber, dass man den Genossen Trufanow an diesem Jubiläumstag nicht vergessen wird...

Also: Die Galopprennbahn Scheibenhholz kämpfte nach soliden DDR-Zeiten vorübergehend ums Überleben, und wenn auch mancher einwenden mag, es gäbe brennendere Probleme in Leipzig zu lösen als dieses, wünschen wir den Pferdesportfans ehrlichen Herzens viel Erfolg. Wir tun das

te die „Enteignung“ und zog damals westwärts. Erst fungierte der VEB-Rennbetrieb Hoppegarten als Hausherr, dann der VEB Vollblutrennbahnen. Zugegeben: Die Tage, da man auf der 1922 errichteten Tribüne Damen bestaunen konnte, die die neueste Mode kreierten, waren vorüber und in Paris-Longchamp liefen auch die berühmteren Vierbeiner mit den berühmteren Jockeys im Sattel, aber die Insolvenz drohte dem volkseigenen Betrieb nie.

Dann die Okkupation 1990 und damit auch die „Heimkehr“ des Union-Klubs. Glanz und Gloria! Monokel und endlich wieder elegante Damen unter riesigen Hüten. 150 000 DM spendierte damals ein gewisser Zino Davidoff für sein jährliches Rennen, mit 200 000 Euro wurde das BMW-Europa-Championat dotiert, ebenso viel an Preisgeldern gab es für eine Berlin-Brandenburg-Trophy. Die politische Prominenz des neuen Deutschland saß auf der Hoppegartener Tribüne. Der Union-Klub holte keinen Geringeren als den Bild-Chefredakteur Peter Boenisch in die märkische Heide, damit er dort die Union-Klub-Geschäfte besorgt. Neue Ställe wurden gebaut – die allerdings niemand brauchte –, neue Manager engagiert (siehe oben) und bei ihrem baldigen Verschwinden mit stattlichen Abfindungen bedacht.

Aber nun ist der Union-Klub „insolvent“. Der Berliner sagt etwas drastischer „pleite“. Die zuständige brandenburgische Regierung – zu der auch Schönbohm gehört – will keinen Cent mehr rausrücken. Vielleicht kommt morgen jemand von den Jungfern-Inseln und glaubt, in Hoppegarten sein Geld waschen zu können, aber bis Redaktionsschluss hatte sich noch keiner anmelden lassen. So könnte es geschehen, dass die in der „verproletarisierten“ DDR florierende Rennbahn nun in der „verbourgeoiserten“ BRD untergeht und – wie so vieles – niemand das zu erklären vermag. (Im Vorfeld der Wahlen schon gar nicht!)

Hoch ist nur das Haus, nicht die Miete.

Gute Aussicht für alle neuen Mieter!
Dazu ungewöhnliche Grundrisse und
Extras wie Concierge-Service, High-Speed-Internet
und Telefonieren über Kabelanschluss.

Unsere 3-Raum-Musterwohnung wartet!

Gisela Becker auch:

Wintergartenstraße 2

Di. und Do. 13:00 - 18:00 Uhr

sowie nach Vereinbarung

Tel.: 0341 - 9 60 33 26

Funk: 0171 - 7 60 09 07



Zu Hause in Leipzig.



Schönbohm, ein CDU-Mann im Osten

Ich jedenfalls bin sehr froh darüber, dass ich meine Lebensarbeitszeit hauptsächlich in der DDR leisten und somit auch die für dieses kleine Land großzügigen Gesetze für Mutter und Kind in Anspruch nehmen konnte.

Diese haben übrigens auch die „Nichtproletarier“ mitgenommen, wie eine kostenlose Bildung, das Recht auf Arbeit ...

LORE WELZ, LEIPZIG

„An dem Wort erkennt man den Esel an den Ohren“ – als dieses Sprichwort aufkam, hatte es vermutlich niemand für möglich gehalten, dass einmal ein hoher Regierungsvertreter sich als solcher erweisen würde. Herr Schönbohm hat sich mit seinen Äußerungen als ein unverbesserlicher kalter Krieger erwiesen.

SIEGFRIED MÜLLER, LEIPZIG

Ich hätte da eine Idee

In *Hallo Leipzig* vom 30. Juli las ich, dass sich Leipzig um ein Projekt „Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ bewirbt, für das das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) einen Ideenwettbewerb auslobte. Bundesweit sollen sich bis 2007, finanziell gefördert, bis zu 50 Initiativen beteiligen können. Leipzig wird sich beteiligen, so beschloss diese Woche die Dienstberatung des Oberbürgermeisters.

Ziel des Leipziger Konzeptes sei es, über 50-Jährige ALG-II-Berührende Menschen und noch im Arbeitsprozess befindlichen Arbeitnehmer mit absehbar geringer beruflicher Perspektive zu qualifizieren: „Die älteren Arbeitsfähigen sollen sich zu so genannten Experten-Teams zusammenschließen, die Aufträge von Unternehmen in vorgegebener Zeit gemeinsam realisieren.“ Flankierend dazu soll eine umfassende „Sensibilisierungs-Kampagne“ gestartet werden, um Personal-

Entscheider und Geschäftsführer von den Kompetenzen und dem Erfahrungswissen älterer Arbeitnehmer zu überzeugen. Nett!

Ich sage nur: Lohndumping und frage: Wird nicht schon zu viel produziert? Wogegen es im Kulturbereich Arbeit ohne Ende gäbe.

Meine Idee: Wenn ich mich nun bei Vereinen um Aufträge kümmerne, die Zeit abrechne und nachweisen lasse und anschließend vom Amt – zusätzlich zu Hartz – pro Stunde fünf Euro ausgezahlt bekomme, könnte ich gut leben und bin auch bereit, meine Steuern zu entrichten. Man könnte das auf 500 Euro eingrenzen, damit alle eine Chance bekommen. Wer mehr schafft, fällt bei Hartz raus.

Die gegenwärtige Methode, Arbeitslose mit Ein-Euro-Jobs zu erpressen, geht voll nach hinten los und dient nur der Statistikfälschung. Kein Mensch ist motiviert, für einhundert Euro monatlich zusätzlich 100 Stunden zu arbeiten. ANDREAS HERRMANN <http://www.ah-variabel.de>

LVZ-Hasskampagne gegen Linke

Seit geraumer Zeit scheint es so, als wolle sich die LVZ zum sächsischen Ableger des *Rheinischen Merkur* profilieren. Den Zeitpunkt dieses Profilwechsels kann man etwa an der Übernahme der Chefredaktion durch Herrn Hilder festmachen. Einige seiner Redakteure haben sich inzwischen, wahrscheinlich um bei ihrem Chef im rechten Licht zu stehen, den Politikstil von Herrn Hilder zu eigen gemacht. Besonders deutlich wird das bei den Beiträgen und Kommentaren zur bevorstehenden Bundestagswahl. Während alle Vorschläge und Äußerungen der CDU/CSU in den höchsten Tönen gelobt werden (vereinzelte Kritik erscheint nur verschämt am Rande), wird die Politik von Rot-Grün in Bausch und Bogen verurteilt. Allerdings nicht wegen des radikalen Sozialabbaus und anderer vor den Bürgern nicht vertretbarer Entscheidungen, die

teilweise zu einer katastrophalen Verschlechterung der Lebensverhältnisse zahlreicher Bürger geführt haben. Nein, sie werden kritisiert, weil der „Volks“-partei CDU/CSU die bisherigen Maßnahmen noch nicht rigoros genug sind.

Wie allerdings in der LVZ mit der *Linkspartei.PDS* und dem neu entstandenen Linksbündnis umgegangen wird, hat mit seriösem Journalismus überhaupt nichts mehr zu tun. Über sie wird jeder Dreckkübel, der irgendwie greifbar ist, ausgekippt. Eine solche Schlammenschlacht und persönliche Angriffe unter der Gürtellinie habe ich lange nicht festgestellt. Diese Hasskampagne ist leicht zu durchschauen. Die Wähler sollen davon abgehalten werden, der einzigen wählbaren Alternative zu den etablierten Parteien ihre Stimme zu geben.

G. FLEISCHHAMMER, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

Der Kreisvorstand Neckar-Fils der Deutschen Kommunistischen Partei teilt mit, dass er gemeinsam mit den Vorständen der DKP-Ortsgruppen Esslingen, Filderstadt und Göppingen-Geislingen einmütig beschloss, das Linksbündnis zu den Bundestagswahlen am 18. September 2005 uneingeschränkt zu unterstützen.

Das gilt insbesondere für die drei Direktkandidaten der Linkspartei in den Wahlkreisen des Gebietes Neckar-Fils: den Daimler-Betriebsrat Siegfried Deuschle (PDS) in Esslingen, das Attac-Mitglied Jochen Findeisen (WASG) in

DKP unterstützt Linksbündnis

Nürtingen und den Gewerkschaftssekretär Gerhard Wick (WASG) in Göppingen.

Der Verzicht der DKP auf eigene Direktkandidaten und bundesweit auf alle DKP-Landeslisten ist ein Beitrag zur Bündelung der Linkskräfte gegen die von nackten Profitinteressen diktierte neoliberale Politik. Dieser nur in der Taktik etwas unterschiedliche Kurs der faktischen All-

parteien-Koalition des Sozialabbaus, des Lohnraubs, der Vermehrung des Reichtums einiger durch die Vermehrung der Armut vieler kann nur durch den gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf, verbunden mit einem starken parlamentarischen Arm, gestoppt werden. Den besonders durch das Erstarken des Linksbündnisses angelegten Schaukämpfen der scheinrot/olivgrünen Bundesregierung und ihrer tiefschwarz/senfgelben am bisherigen Sozialabbau beteiligten so genannten Opposition setzt das Linksbündnis, allen Hetz- und Verleumdungskampagnen zum Trotz, eine realistische Alternative entgegen.

Am 28. Juli 2005 wies das Oberlandesgericht (OLG) Köln die Berufung der Zivilklage der Varvariner NATO-Opfer gegen die BRD ab – es bestehe kein Recht auf Entschädigung der Opfer. Somit folgte es dem Antrag der Anwälte der beklagten Bundesregierung. Im Auftrag des Projektrates zur Unterstützung der Varvarin-Opfer erklärte HARALD KAMPFFMEYER:

Der 7. Senat des OLG Köln hat zunächst eine Frage beantwortet, die die Kläger nicht vortragen. Das ist die Frage, ob der „Kosovo-Krieg“ (der Begriff ist schon eine üble Propagandaentstellung) und die deutsche Beteiligung daran legal waren. Ohne sich um solch belanglose Sachen wie die Charta der UN, die Anti-Aggressionskrieg-Resolution der UN von 1974 oder den 2+4-Vertrag zu kümmern, brachte der Senat seine Auffassung zum Ausdruck, dass der NATO-Krieg inklusive deutscher Mitwirkung legal und gerechtfertigt gewesen seien. ...

Diese Sicht wurde zum einen durch die Heranziehung von zwei Propagandalügen begründet:

a) der angeblich den Albanern 1999 durch die Serben drohende Genozid im Kosovo und

b) dem angeblichen Massenmord der bosnisch-serbischen Streitkräfte 1995 an angeblich von ihnen gemachten Tausenden kriegsgefangenen Moslems bei Srebrenica. Bemerkenswert ist, dass ein Gericht sich zu solch schwerwiegender Behauptung herbeilässt, ohne das jemals vor einem legalen Gericht dazu ein Beweisverfahren stattgefunden hätte oder dieser Senat

Frauen, Kinder, alle Zivilisten von Varvarin waren laut Oberlandesgericht Köln ein

erlaubtes Nato-Ziel



Zwei NATO-Raketen zerstörten friedliches Kleinstadtleben

in Ermangelung dessen dieses selbst durchgeführt hätte. ...

Die sich versteifende Ansicht, Individuen könnten Ansprüche aus dem Völkerrecht nicht selbst – ggf. auf dem Gerichtsweg – realisieren, ihr Staat müsse das für sie tun, ist zwar traditionell, aber nicht im Recht selbst so kodifiziert. Es ist Auslegungssache. ...

Die von der ersten Instanz vertretene aberwitzige Auffassung, dass das nationale deutsche Recht für die Kriegsmonate in 1999 in Deutschland kein gültiges Recht gewesen sei, ist gefallen. Hier stimmen wir mit dem OLG Köln überein, dass BGB § 839 eine Haftungsgrundlage auch für Kriegsoffer bietet.

Der Senat hatte im Februar betont, dass er

das Völkerrecht, besonders das 1. Zusatzprotokoll (ZP 1) zur Genfer Konvention, als Maßstab für die Bewertung der Geschehnisse von Varvarin nehmen werde. Es ist nicht ersichtlich, dass so verfahren wurde. Das Völkerrecht kennt keine Regelvermutung, dass bestimmte Teile der zivilen Infrastruktur eines Landes im Krieg immer als „abstrakte Ziele“ gelten würden, was wohl heißen soll, dass diese immer angegriffen und zerstört werden dürfen. ... Dagegen stellen Zivilisten und alle zivilen Objekte „verbotene Ziele“ dar, die unter keinen Umständen angegriffen werden dürfen. Ein Angriff auf ein ziviles Objekt ist nur dann erlaubt, wenn dieses Objekt seinen zivilen Charakter verloren hat. ... Irgendwelche

Beweise für die Rechtmäßigkeit des Angriffs wurden von der Beklagten nicht erbracht. Der Senat fragte auch nicht danach. Stattdessen erklärte er den Angriff für rechtens auf Grund seiner eigenen haltlosen Spekulation, dass die Brücke ja vielleicht doch von leichten (serbischen) Truppen hätte genutzt werden können.

Mit der Verlegung Varvarins in die Nähe des Kosovos, der Erhebung der Morava zu einem großen, breiten Fluss und der Erfindung guter Verkehrsanbindung über Varvarin in das Kosovo zeigt der Senat seine Inkompetenz und gibt sich der öffentlichen Lächerlichkeit preis.

Der Senat übernahm die Schutzbehauptung der Beklagten, dass die NATO quasi oberhalb der NATO-Regierungen stehe, diese habe dumm dastehen lassen und einfach niemandem gesagt habe, was sie beim Bombardieren so treibt. Die Regierung kam hier mit ihrem simplen „Bestreiten mit Nichtwissen“ durch.

Merke: Je dämlicher du dich vor einem deutschen Gericht darstellst, um so erfolgreicher bist du dort.

Das Gericht hatte offensichtlich keine Vorstellung vom integrativen Wesen und der komplexen Abhängigkeit moderner Streitkräfte. Es sah ebenso keinen Zusammenhang zwischen Unterdrückung der serbischen Luftabwehr durch deutsche Tornados wie auch deren Aufklärungsflüge und dem Angriff auf Varvarin.

Dieses Urteil ist schwach und angreifbar. Besonders hinsichtlich der Wertung des Angriffes als legale Kriegshandlung auf ein erlaubtes Ziel.

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen e. V.**

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



NEUERSCHEINUNG

Cornelia Heintze

Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil

– Deutschlands Reformirweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2005
(=Texte zur politischen Bildung H. 33)

ISBN 3-89819-217-2,

Preis 11 € (Mitglieder der RLS Sa. 9,- €)

In den skandinavischen Ländern bleibt der Kapitalismus trotz Globalisierung sozial und ökologisch gebändigt. Die Gleichzeitigkeit von höchsten Beschäftigungs- und geringsten Armutsquoten sind ebenso Markenzeichen wie Bildung und Gesundheit für alle, unabhängig vom sozialen Status. Die skandinavischen Länder sind ökonomisch und sozial erfolgreich nicht obwohl Abgabenbelastung und Staatsausgaben weit höher sind als in Deutschland, sondern weil die dortigen Wohlfahrtsstaaten dafür bürgernah und zukunftsorientiert viel leisten, einschließlich eines hohen Niveaus von Dienstleistungsbeschäftigung im öffentlichen Sektor.

Über die Autorin

Frau Dr. Cornelia Heintze hat Politische Wissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Geschichte studiert (Dr. rer. pol). In verschiedenen Funktionen war sie rd. 20 Jahre im öffentlichen Dienst beschäftigt (Universität, Landtag, Ministerium, Kommunalverwaltung); in Delmenhorst (Niedersachsen) übte sie das Amt einer hauptamtlichen Beigeordneten (Stadtkämmerin) aus. Frau Heintze publiziert fachübergreifend. Sie arbeitet als Beraterin und Coach.

Bestellungen erbeten an:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.,
Harkortstr. 10, 04107 Leipzig

Telefon: 0341- 9608531 Fax: 0341- 2125877

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Leipziger Linkspartei.PDS lädt ein

zum **Kulturfrühschoppen** am **14. 8., 10 Uhr**, ins **KOMM-Haus**, Selliner Straße, mit **Edgar Külow** (Kabarettist und Autor), **Dr. Volker Külow** (Bundestagskandidat) und **Dr. Dietmar Pellmann** (Landtagsabgeordneter). Es gibt Freibier und Freibrause.

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

Unserem „Roten Postmeister“, Genossen

Günter Summa

zum

80.

Geburtstag beste Glückwünsche und alles Gute sowie herzlichen Dank für die jahrzehntelange Arbeit für den Sport und die Jugend.

Deine BO Löfning III

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:

Bis 25. 9.: Schaubente Honigbienen – lebende Bienen im Museum

Bis 6. 11.: Ibis, Igel und Ichneumon – Tiere aus dem Land der Pharaonen

Veranstaltungen:

14. 8.: 10.30 Uhr, Führung durch die Sonderausstellung: **Ibis, Igel und Ichneumon – Tiere aus dem Land der Pharaonen.**

18. 8.: 14 Uhr: Beobachtungen an lebenden Bienen

21. 8.: 10.30 Uhr, Führung: **Blick hinter die Kulissen**

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrade
Straße des 18. Oktober 10a

15. 8., 19 Uhr: Russisch-Rommé Turnier

BUCHHANDLUNG RIJAP

Literatur für SIE

Im August neu bei uns:

Jens König: Gregor Gysi. Eine Biographie
Rowohlt Berlin, 19,80 Euro

Frank Sierten: Der China Code. Wie das boomende Reich der Mitte Deutschland verändert. Econ, 19,95 Euro

Ulrich Plenzdorf und Rüdiger Dammann (Hrsg.): Ein Land genannt die DDR. Fischer (S.), Frankfurt, 19,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Stadtbibliothek Leipzig

Wilhelm-Leuschner-Platz

Ausstellungen:

Musikerporträts aus den Sammlungen der Leipziger Musikbibliothek. Ausstellungsfoyer, 1. Etage

Ein Büchermacher mit Konturen. Zum 85. Geburtstag des Verlegers Hans Marquardt. Kabinettausstellung des Literaturarchivs

Reiseschwein und Rüsselkäfer. Zeichnungen und Illustrationen von Lisa S. Rackwitz. Galerie der Kinderbibliothek

Frauenkultur e. V.

Leipzig, Windscheidstr. 51

15.–19. 8.: VII. Leipziger Mädchensommerncamp für Mädchen von 9–14 Jahren. Ort: Offener Freizeittreff „Am Mühlholz“, Prinz-Eugen-Str. 34. Beginn: 15. 8., 12 Uhr. Teilnehmergebühr: 60 Euro, mit Ferienpass 45 Euro. Bitte mitbringen: eigenes Zelt, Schlafsack, Isomatte, Trinkflasche

27. 8., 20.30 Uhr: Copy me – I want to Travel. Dokumentation und Gespräch

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruherstraße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen. Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 –
BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Ausgefüllten
Bestellschein

bitte an

**LEIPZIGS
NEUE,
Braustraße
15, 04107
Leipzig
schicken**

Delhis Kühe müssen wieder mal aufs Land

Indiens heilige Kühe! Ach lägen sie nur immer so friedlich wiederkäuend auf dem Mittelstreifen wie an diesem noch ruhigen Morgen. Denn auf einer zum Beispiel für vier Spuren ausgelegten Fahrbahn quetschen sich fast zu jeder Tages- und Nachtzeit nebeneinander (!) mindestens ein bis zwei Busse, ein bis zwei LKW, Stücker vier PKW und nicht zu zählende Zuckzucks (offene Taxi-Minifahrer), Fahrradschickas und Mopeds. In diesem Gewühl hilft nur eines: Augen zu und durch. So wie es die Kühe machen, die logischerweise nicht immer nur wiederkäuen, sondern herumstromern zwischen den LKW und Bussen und Rikschas und PKW als wären sie ganz alleine unterwegs. Stoisch, Hörner gar nicht kampfeslustig nach vorne, ihrer Unantastbarkeit ein bisschen zu sicher, quetschen sie sich in engste, ja genaugenommen überhaupt nicht vorhandenen Lücken hin zu ihren Futterstellen, die es natürlich irgendwo gibt und die von den Gläubigen ordentlich bestückt werden. Was tun, die Vieher sind heilig. Das bewahrt aber weder sie noch den Menschen vor mitunter lebensgefährlichen Kollisionen. „Was passiert dann“, frage ich ängstlich meine Freunde.



Foto: Wart

und sehe förmlich den Aufstand empörter Hindus vor mir, nein, nicht wegen eines toten Menschen ... Meine Freunde lächeln und antworten im schönsten – einst beim Studium in Leipzig erlernten – sächsisch: „Nee! Aber abhaun sollste wirklich. Auf der Stelle behaupten mindestens 50 Hindus, die Kuh gehörte ihnen, sie sei ihr täglicher Milchspender. Was die dann an Entschädigung wollen, kannste gewiss nicht berapen.“ Dieser Tage hat Delhis Stadtrat wieder mal energisch die Initiative ergriffen: Die Kühe müssen raus aus der Stadt! In extra angelegten Farmen sollen sie das ihre zu Nutz und Fromm der Menschen beitragen und vor allem das städtische Leben nicht mehr stören. Meine Freunde können da nur gequält lächeln. In spätestens vier Wochen ist alles wieder beim Alten! Verstehe einer die Kühe: Dreck, Staub, Lärm – ein Moloch von einer Stadt, für Menschen schon eine Zumutung, und erst für Tiere. Jedes bisschen Grün eingezäunt, damit es nicht gefressen werden kann – und dahin zieht es ihre Heiligkeiten unwiderstehlich zurück!

• MILIANE MAUS

Wanderungen durch Neufünfland

Hin und wieder erreichen mich Leserbriefe, in denen der Spürsinn des Wanderers gelobt wird, weil er so manches entdeckt, was im Lärm der täglichen Spektakelnachrichten untergeht und auch in *Bild* und *Super Illu* nicht zu finden ist. Man dankt – und wandert weiter. Dieser Tage nach Sonneberg, das früher in einem Atemzug mit Spielzeug genannt wurde und demzufolge auch über ein angesehenes Spielzeug-Museum verfügt. Dort haben sie eben eine Rarität erworben und zeigen sie mit verständlichem Stolz: Eine rund 100 Jahre alte mechanische Laufpuppe, der die Kustodin des Museums attraktiven Wert attestiert und zudem kundtat: „Mit etwas Hilfe kann sich die über 100 Jahre alte mechanische Puppe noch heute in Bewegung setzen. Ihr torkelnder Gang erinnert an ein Kleinkind, das Laufen lernt.“ Gefunden worden war sie beim Entrümpeln eines Dachbodens in Schnelldorf bei Feuchtungen. Eine rührige Sonnebergerin hatte den Kontakt vermittelt. Über den Kaufpreis schwieg man sich aus. Kein Wunder: Über Geld redet man nicht und niemand hat was zu verschenken! Nun aber kann man sie in Sonneberg bewundern und das ist gut so!

Weil von Verschenken die Rede war. Keineswegs großzügig kann sich in dieser Hinsicht der Ilmkreis zeigen, der in der „Rangliste“ der 17 Thüringer Landkreise etwa so gut dasteht, wie die BRD weltweit in der PISA-Studie. Wir mach-

ten uns mal kundig. Sind die Ilmkreisbewohner etwa fauler als andere Thüringer? Keineswegs. Aber hohe Sozialausgaben und eine enorme Verschuldung führten dazu, dass dort die höchste Kreisumlage im ganzen Freistaat bezahlt werden muss. Zum Beispiel: Im Wartburgkreis sind es 157,32 Euro pro Einwohner, die die Gemeinden an den Kreis zahlen müssen, im

Ilmkreis 205,63 Euro. In der Vergangenheit wurde mit Stolz allerhand investiert, finanziert durch Kredite. Jetzt müssen die beglichen werden. Und niemand weiß, woher nehmen und nicht stehlen. (Zumal nicht mal jemand wusste, wo gestohlen werden könnte ...) Wir legten einen Schritt zu, damit nicht etwa uns Wanderern wegen auch noch was bezahlt werden muss. Man kann heutzutage nie wissen, welche Steuer gestern eingeführt wurde.

Meinigen ist auch nicht mehr das, was es mal war. Ein Zufall führte uns am Haus der ARGE vorüber, die die Bezieher des Arbeitslosengeldes II betreut. Die Job-Angebote, die wir da im Schaukasten lesen konnten, waren mäßig: Eine Blumenfrau wurde für Zypern gesucht und auch eine Masseuse für die Insel. Englischkenntnisse wurden natürlich vorausgesetzt. Wir erörterten, ob wir wohl als Arbeitslose nach Zypern trampeln würden, wurden uns aber nicht einig. Wir luden ein ARGE-Trio ein, mit uns ein oder zwei Bier zu trinken. Was uns die beiden Männer und die Frau erzählten, verdarb uns restlos den Tag. Der Absturz

vieler geht so rapide vonstatten, dass man glauben könnte, sie wären in eine Gletscherspalte geraten. Der eine hatte noch sein attraktives Auto vor der Tür zu stehen. „Manchmal habe ich abends nichts im Kühlschrank, aber wenn ich das Auto verkaufe und morgen einen Job in Zella-Mehlis bekommen sollte, wäre ich verloren. Wie soll ich dorthin kommen?“

So viele Fragen ...

Wir zogen zu Fuß nordwärts in den Harz. In Halberstadt und auch anderswo weiß keiner, was man eigentlich mit den leeren Schulen anfangen soll. Das Schließen ging schnell, aber nun fallen die Unterhaltskosten an und so suchen alle verzweifelt nach Käufern. In Halberstadt jubelten sie, weil jemand die Gauß-Schule gekauft hatte, jemand, der sie angeblich in „Stadthäuser“, also Wohnungen umwandeln will. Wenn er in drei Jahren damit nicht fertig ist, gehört die Schule wieder der Stadt. Die sucht inzwischen Käufer für die Friedensschule, die seit zehn Jahren leersteht. Fast so wie die Luxemburg-Schule. Die heutige Gleichschule schließt nächstes Jahr wegen zu geringer Schülerzahlen. Die hieß übrigens früher Karl-Marx-Schule. Jemand hielt den Namen für unpassend – er hatte vielleicht recht. Was hätte das alles noch mit Marx zu tun?

Fragen über Fragen, wenn man so durchs Land wandert. Und wenig Antworten.

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Stuttgart hat die gesamte Wasserversorgung an einen privaten Investor verkauft. Preis pro qm Wasser vor der Privatisierung: 2,05 Euro, danach: 2,18 Euro. Berlin hat die Hälfte der Wasserbetriebe z. T. an einen französischen Konzern verkauft. Preis vorher: 4,37 Euro, jetzt: 6,15 Euro. Für eventuelle Verluste des Konzerns kommt der Steuerzahler auf. Kiel hat alle Versorgungsbetriebe und die in gutem Zustand befindlichen Netze an einen US-Rentenfonds verkauft. Die Stadt hat auf die Preispolitik keinen Einfluss mehr. Ein SPD-Bürgermeister: „Das war der größte Fehler meines Lebens.“

Der Steuerzahler soll 15 Millionen Euro zum sogenannten katholischen Weltjugendtreffen in Köln beisteuern.

Nach der neuen EU-Zuckermarktordnung sollen die Zuckerpriese um ca. 40 Prozent sinken. Nun soll aber keiner denken, dass dadurch ein Stück Torte, verschiedene Süßigkeiten oder die braune Cola-Limonade für den Verbraucher um einen Cent

billiger werden. Die Gewinne stecken sich vor allem die großen Lebensmittelkonzerne in die Taschen.

60 Prozent der Jugendlichen in Neapel sind arbeitslos. Zehntausende Kinder arbeiten illegal, viele stehen Schmiere für Erwachsene, die verbotenen Tätigkeiten nachgehen. 300 000 Neapolitaner sind von der Camorra abhängig. Seit die Bosse der Camorra in Hochsicherheitsgefängnissen sitzen, ist die Kriminalität aus dem Ruder gelaufen.

Auf einer westdeutschen Werft müssen Arbeiter, die einen Arbeitsplatz haben wollen, eine Einlage in Höhe von 3 000 Euro zahlen. Eine Garantie, das Geld beim Ausscheiden aus dem Betrieb zurückzubekommen gibt es nicht.

Wenn sich ein deutscher Aufsichtsrat irrt, dann irrt er sich einstimmig.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,
Oststraße 39, 04420 Markranstädt
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

9. August
Die nächste Ausgabe erscheint am
26. August

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V.
bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40